

PROTOKOLL

*über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Donnerstag,
den 15. Dezember 1966, im Rathaus, I. Stock, hinten, Gemeinderatsitzungsaal.*

Beginn der Sitzung : 15,00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:

Bürgermeister Josef Fellingner

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR. :

Direktor Hans Schanovsky
Josef Hochmayr

STADTRÄTE:

Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Karl Gherbetz
Alois Huemer
Konrad Kinzelhofer
Ludwig Kubanek
Leopold Petermair
Prof. Stephan Radinger
Emil Schachinger

GEMEINDERÄTE:

Johann Ebmer
Karl Feuerhuber
Rudolf Fürst
Johann Heigl
Anton Hochgatterer
Franz Hofer
Johann Holzinger

Walter Kienesberger

Johann Knogler

Friedrich Kohout

Otilie Liebl

Theresia Molterer

August Moser

Stefanie Pammer

Johann Radmoser

Franz Schmidberger

Susanne Tschebaus

Kommerzialrat Ludwig Wabitsch

Alfred Watzenböck

Franz Weiß

Leopold Wippersberger

Johann Zöchling

VOM AMTE:

Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller

Mag. Dir.-Stellv. OMR Dr. Johann Eder

PROTOKOLLFÜHRER:

Amtsrat Alfred Eckl

VB. Gerda Wilder

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

- 1) Ha-3700/65 Nachtragsvoranschlag 1966.
- 2) Ha-4200/66 Voranschlag 1967.
- 3) Präs-566/66 Einmalige Weihnachtsbeihilfe 1966 an Magistratsbedienstete.
- 4) Präs-459/66 Gewährung einer einmaligen Familienbeihilfe für das Jahr 1966 an Magistratsbedienstete.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

- 5) ÖAG-6210/66 Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 82.
- 6) ÖAG-5705/66 Ankauf der Liegenschaft Steyr, Unterer Schiffweg 6.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

- 7) GemXIII-3570/66 Regulierung des Wasserpreises.
- 8) ÖAG-3630/66 Ausbau des Brunnens 5.
Wasserwerk
- 9) ÖAG-6070/66 Ankauf eines Saurer-Omnibusses für die Städtischen Unternehmungen.
Städt. Untern.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

- 10) Ha-7141/62 Festsetzung endgültiger Darlehen für die Bauten E XVII/1 und 2 und E XI der GWG der Stadt Steyr.
- 11) Ha-3055/65 Gewährung eines weiteren Vorfinanzierungsdarlehens an die GWG der Stadt Steyr zur Finanzierung der Wohnbauten E XVIII/c 1 und 2 und E XVIII/d 1 und 2.

BERICHTERSTATTER STADTRAT EMIL SCHACHINGER:

- 12) Bau2-5910/66 Erlassung einer Bausperre für einen Teil der Pachergasse.
- 13) Bau5-2642/66 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Franz Denk, Siedlerstraße 16, zur Errichtung eines Wohnhauses.

BERICHTERSTATTER STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

- 14) Ha-541/65 Ankauf einer Orgel für die katholische Kirche Münchenholz.
- 15) Ha-5725/66 Gewährung einer weiteren Subvention zur Errichtung eines Mädchenheimes auf der Ennsleite durch den Verein Lehrlingsheim Steyr.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

- 16) GHJ2-2531/66 Fortführung der Adaptierungsarbeiten im Objekt Stelzhamerstraße 11.
- 17) SchuV-1953/66 Ausbau des Lehrbüros an der städtischen Handelsakademie.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

- 18) Rp-1390/59 Regulierung der Übernachtungsgebühren in der städtischen Jugendherberge.
- 19) Ha-2205/65 Auflassung der Beteiligung an der Kino Münchenholz-Ges. m. b. H.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

- 20) Bau5-4431/66 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Franz Wurzinger, Hubergutstraße 13, zur Errichtung eines Espresso durch Aufstockung einer Garage.
- 21) Bau5-430/66 Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Karl und Herta Pointner, Hausleitnerstraße 14, zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL GHERBETZ:

- 22) Bau3-3331/65 Auflassung der Möstlstiege.
- 23) Ges-170/65 Neue Straßenbezeichnungen in Taschried.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

- 24) Bau3-1403/66 Durchführung von Straßenerhaltungsarbeiten in den Ortsteilen Neuschönau, Schlüsselhof und Taschried.
- 25) Bau6-916/64 Instandsetzung eines Teiles der Ufersicherung am Wehrgrabenkanal.

Vertrauliche Sitzung.

Präs-573/66.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Ich darf Sie zur heutigen Sitzung recht herzlich begrüßen. Ich stelle die Beschlußfähigkeit fest. Die Tagesordnung ist Ihnen zeitgerecht zugegangen.

Als Protokollprüfer für die heutige Sitzung werden Frau Gemeinderat Liebl und Frau Gemeinderat Molterer vorgeschlagen. Sind die beiden mit diesem Vorschlag einverstanden? Keine Ablehnung, daher angenommen.

Entschuldigt haben sich die Herren Gemeinderäte Frühauf und Wagner.

Wir wollen in die Tagesordnung eingehen und ich bitte zum ersten Tagesordnungspunkt Herrn Kollegen Schanovsky um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben im ersten Tagesordnungspunkt den Nachtragsvoranschlag 1966 zu beschließen. Im Jahre 1966 ist durch nicht vorhergesehene Einnahmen, erhöhte Steuereingänge einerseits und Erhöhung von Ersätzen andererseits sowie durch Änderungen in den Pflichtausgaben und von über- oder außerplanmäßigen Ausgaben auf Grund bereits gefaßter Beschlüsse die Erstellung eines Nachtragsvoranschlages notwendig geworden. Die Einnahmen des ordentlichen Haushaltes erfahren gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag eine Erhöhung von rund 12,7 Millionen Schilling. Diese Erhöhung ist im einzelnen im vorliegenden Nachtragsvoranschlag ausgewiesen. Sie beruht im wesentli-

chen auf einer Erhöhung der Abgabenertragsanteile des Bundes um rund 7 Millionen Schilling und einer Erhöhung der Lohnsummensteuer um 3 Millionen Schilling sowie einer Erhöhung der Zinsen für Bankguthaben und Darlehensforderungen um 1,4 Millionen Schilling. Die Ausgaben, im Nachtragsvoranschlag aufgegliedert, erfahren eine Erhöhung in der gleichen Höhe wie die Einnahmen. Abgesehen von den einzelnen Posten ist eine Erhöhung der Zuführung an den außerordentlichen Haushalt um S 8.591.400, -- möglich. Der ordentliche Haushalt ist daher ausgeglichen.

Im außerordentlichen Haushalt bringt der Nachtragsvoranschlag eine Erhöhung der Ausgaben um 4 Millionen Schilling, wobei rund 1 Million Schilling für den Ankauf von Liegenschaften und 4,5 Millionen Schilling für den Bau der Taborschule mehr ausgegeben wurden als im Voranschlag vorgesehen waren. Andererseits wurden infolge Verzögerungen bei einigen Bauten verschiedene Ausgabenkredite nicht bzw. nicht in vollem Ausmaß in Anspruch genommen. Die Einnahmenseite des außerordentlichen Haushaltes wurde um ca. 9 Millionen Schilling erhöht, sodaß auch der außerordentliche Haushalt ausgeglichen ist. Die Einnahmenerhöhung wurde möglich durch eine verstärkte Beanspruchung der Rücklagen um S 561.500, -- und insbesondere auf Grund der erwähnten Erhöhung durch Zuführung von Mitteln aus dem ordentlichen Haushalt. Es stellt sich somit der ordentliche Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben auf S 102.666.400, -- und der außerordentliche Haushalt auf S 41.351.000, --,

sodaß das Gesamtvolumen des Jahres 1966 im Nachtragsvoranschlag S 144,017.400,-- ergibt.

(Nachtragsvoranschlag 1966: Beilage A).

Der Stadtsenat stellt Ihnen daher den Antrag:

1) Ha-3700/65

Nachtragsvoranschlag 1966.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 16. 12. 1965, Ha-3700/65, womit der Voranschlag 1966 genehmigt wurde, wird im Sinne des anliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1966 wie folgt abgeändert:

1) Der ordentliche Haushalt

a) die Gesamteinnahmen von
S 90,003.400,-- auf
S 102,666.400,-

die Gesamtausgaben von
S 90,003.400,-- auf
S 102,666.400,-

daher ausgeglichen - , -
=====

b) die Reineinnahmen von
S 82,651.700,-- auf
S 95,317.700,-

die Reinausgaben von
S 82,651.700,-- auf
S 95,317.700,-

daher ausgeglichen - , -
=====

2) Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von
S 32,367.100,-- auf
S 41,351.000,-

und die Gesamtausgaben von
S 37,320.000,-- auf
S 41,351.000,-

daher ausgeglichen - , -
=====

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12.

1965, betreffend den Voranschlag für das Jahr 1966, bleiben unverändert.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Der Tagesordnungspunkt "Nachtragsvoranschlag 1966" steht zur Diskussion! Meldet sich jemand zum Wort? Es ist dies nicht der Fall, ich darf Sie bitten, mit einem Zeichen der Hand Ihre Zustimmung zu geben! Danke. Gegenprobe? Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun zum Tagesordnungspunkt 2, dem Voranschlag 1967.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf mich dem Voranschlag 1967 zuwenden.

Im kommenden Jahr geht unsere Funktionsperiode zu Ende. Es ist daher der Haushaltsplan für das Jahr 1967 der letzte, den wir zu beraten haben.

Der Voranschlag ist in der Zeit von 15. - 21. November 1966 öffentlich aufgelegt und es sind keine Erinnerungen vorgebracht worden.

Dieser Voranschlag umfaßt wie immer den gesamten Haushalt, das sind der ordentliche und der außerordentliche Haushalt, den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, die Voranschläge der Krankenfürsorgeanstalt und der Stiftungen. Beigefügt sind die erforderlichen Nachweise und der Dienstpostenplan. Nachrichtlich werden die Wirtschafts- und Finanzpläne der beiden Organgesellschaften der Gemeinde, das sind die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr mbH. und die Gasversorgungsgesellschaft mbH. Steyr, angeschlossen. Das neue Finanzaus-

gleichgesetz 1967 wurde zwar zwischen Bund, Ländern, Städtebund und Gemeindebund vereinbart, aber im Parlament noch nicht beschlossen. Der Abschluß wird für 6 Jahre, von 1967 - 1972, Geltung haben. Es sollen daraus nur jene Punkte erwähnt werden, die für uns von Bedeutung sind. Es ist dies erstens die Gewerbesteuer.

Die Gewerbesteuer wird zwischen Bund und Gemeinden anstatt wie bisher 40 : 60 im Verhältnis 50 : 50 aufgeteilt. Das bedeutet für uns wieder einen Verlust von 10 %. Als Ausgleich aber soll für den Entfall dieser 10 % an Gewerbesteuer eine 5 % höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer treten. Der neue Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird 23 % gegenüber bisher 18 % betragen. Dieser Gemeindeanteil wird länderweise auf die Gemeinden zu 9 % nach der Volkszahl, zu 11 1/2 % nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel und zu 2 1/2 % nach dem Gewerbesteueraufkommen aufgeteilt. Der Polizeikostenbeitrag erhöht sich von bisher S 60 auf S 80 pro Einwohner und Jahr. An der Mineralölsteuer erhalten die Gemeinden um 10 % mehr, ab 1970 erhöht sich der Gemeindeanteil um weitere 4 %, also statt bisher 10 % endlich 24 %. Die Landesumlage wird in den Jahren 1967 - 1971 15 % gegenüber bisher 16 % und ab 1972 14 1/2 % betragen. Die Finanzkraft der Gemeinden wird in Hinkunft insoweit geändert, als die Gewerbesteuer unter Annahme eines Hebesatzes von 125 %, bisher 150 %, zu berücksichtigen ist. Die Möglichkeit der Gewährung von Zweckzuschüssen für Zivilschutz, Fremdenverkehr und Lärmbekämpfung wird erweitert. Diese sind jedoch an entsprechende Ansätze im jeweiligen Bundesfinanzgesetz gebunden und setzen eine Grundleistung der Gemeinden voraus. Gemeinden, die ge-

setzliche Schulerhalter sind, erhalten eine Finanzhilfe des Bundes zum Bauaufwand bei Pflichtschulen, die in den Jahren 1967 und 1968 im Bundesvoranschlag mit je 50 Millionen Schilling, 1969 und 1970 mit je 75 Millionen Schilling und in den Jahren 1971 und 1972 mit je 100 Millionen Schilling zum Ansatz kommen soll. Die finanziellen Auswirkungen sind leider für unsere Gemeinde noch nicht genau bekannt. Wir mußten daher auf Weisung des Amtes der OÖ. Landesregierung unser Budget nach den bisherigen Richtlinien erstellen. Leider gehen in diesem Haushaltsjahr unsere immer sorgsam gehüteten finanziellen Reserven zu Ende. Zum größten Bedauern nähern wir uns dem Zeitpunkt, der uns vor immer schwierigere Aufgaben stellt. Einer Stadt wie Steyr, mit ihrer eigenartigen Struktur, Industriestadt mit nur einem einzigen Großunternehmen ohne stärkere Mittelbetriebe, droht immer Bedrängnis, weil die finanziellen Voraussetzungen ungewiß sind. So auch ganz besonders im Jahre 1967. Man geht nicht fehl, immer zu trachten, einen ausgeglichenen Voranschlag zu erzielen, wenn man die Einnahmen als Basis nimmt, und erst danach die Ausgaben abstimmt. Darf ich Ihnen daher empfehlen, stets dem bewährten Grundsatz treu zu bleiben, nicht mehr auszugeben, als man hat, wobei aber immer für eine ausreichende Liquidität zu sorgen ist. Unsere Pflicht ist es, eine stets wirksame Sparsamkeit an den Tag zu legen, welche uns befähigt, den besten Effekt zu erreichen. In diesem Sinne wurde der ordentliche Haushalt erstellt, der in den Einnahmen und Ausgaben mit je S 95,538.800,- ausgeglichen erscheint. Der außerordentliche Haushalt erfordert diesmal Ausgaben von S 57,150.000,--, die nur mit S 28,716.400,-- bedeckt sind, sodaß mit einem Abgang in der Höhe von S 28,433.600,-- zu rechnen sein

wird, wofür eine Bedeckung entweder durch Einsparungen und Mehreinnahmen oder durch Darlehensaufnahmen zu suchen sein wird. Das Gesamtvolumen beider Haushaltsgebarungen stellt sich somit auf S 152,688.800,- und ist etwas größer - um ca. 6 % - als 1966. Während in den vergangenen Jahren immer ein beträchtlicher Anteil vom ordentlichen Haushalt an den außerordentlichen Haushalt abgezweigt werden konnte, ist es in diesem Voranschlag für das Jahr 1967 nur ein ganz bescheidener Betrag von S 716.400,-, sodaß wir bei Ausführung der Vorhaben des außerordentlichen Haushaltes immer zuerst überlegen müssen, durch welche Finanzierung der in Aussicht genommene Beschluß durchgeführt werden kann.

(Bürgermeister - Stellvertreter Direktor Hans Schanovsky trägt den Vorbericht zum Voranschlag für das Jahr 1967 vor - Beilage B).

Verehrter Gemeinderat!

Wir konnten im ablaufenden Jahre 1966 vieles erfüllen, so den Schulbau am Tabor beginnen - unser bisher größtes Bauobjekt seit 1945 -, der Altersheimzubau geht seiner Vollendung entgegen, die neue Musikschule konnte ihrer Bestimmung übergeben werden, der Kindergarten Wehrgraben konnte fertiggestellt werden, der gigantische Wohnungsbau ist Zeugnis von unserem guten Willen, daß wir uns wirklich anstrengen, den bedauernswerten Wohnungssuchenden, die oft schon Jahre warten, ein Heim zu geben. Ich glaube, daß dies unsere größte Familienförderung ist. Wenn es gelingt, die Vorhaben des Jahres 1967 zu verwirklichen, so würden wir in der Entwicklung unserer Stadt wieder einen schönen Schritt weiterkommen. Die Fortführung der Schulbauten, der Straßenbau und die damit verbundene Kanalisation und Wasserversorgung, die Straßenbeleuchtung sowie die Weiter-

führung des Wohnungsbaues, alles kommunale Aufgaben einer fortschrittlichen Stadtverwaltung, sind dringend notwendig, sodaß wir gezwungen sind, viele andere Bedürfnisse und Wünsche wieder zurückzustellen. Es sind vielseitige Aufgaben auf dem kommunalen, kulturellen und sozialen Gebiet, die aufgeschoben werden müssen, weil die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Alle diese Erfordernisse waren leider im Rahmen dieses Voranschlages nicht mehr unterzubringen. Die vielen und großen Investitionen, die wir in unserem Programm haben, tragen nicht zuletzt dazu bei, sowohl unserer Bauwirtschaft als auch den verschiedensten Gewerbetreibenden eine gewisse Vollbeschäftigung zu sichern. Auch der Handel ist in Steyr zum größten Teil vom Lebensstandard der Arbeitnehmer abhängig. Denken Sie an eine Zeit, in der die öffentliche Hand nicht mehr in der Lage wäre, solche umfangreiche Aufträge vergeben zu können. Die einmal überhitzte Konjunktur läßt merklich nach. In verschiedenen Sparten der österreichischen Wirtschaft zeichnen sich deutlich Verflachungserscheinungen ab, die sich nicht zuletzt in einem rückläufigen Gewerbesteueraufkommen auswirken. Der neue Finanzausgleich wird uns wahrscheinlich in seiner gesamten Auswirkung bei den eigenen Steuern eine nicht unbedeutende Einbuße bringen, dies haben inzwischen auch schon andere Städte festgestellt. Mit dieser finanziellen Ungewißheit ist es natürlich schwer, auch nur von einem leichten Optimismus zu sprechen. Alle Anzeichen der überschaubaren Entwicklung der österreichischen Wirtschaft neigen eher zu Pessimismus. Die Verhandlungen zwischen der EWG und Österreich kommen kaum einen Schritt weiter. Eine Lösung dieses Problems ist noch immer nicht abzusehen. Die EFTA war bisher nicht

in der Lage, das Gleichgewicht herzustellen. Österreich exportiert 50 % in den EWG-Raum und in den EFTA-Raum, trotz Steigerung, nur 17 %. Daraus ist zu erkennen, daß die österreichische Wirtschaft einen größeren europäischen Absatzmarkt braucht, wenn auch dann eine stärkere Konkurrenz auftreten wird, so besteht doch eine größere Absatzmöglichkeit, die genützt werden kann. Daraus erhofft man sich wenigstens eine stabilere Wirtschaft, wenn schon keine Ausweitung, die wünschenswert wäre, zu erwarten ist. Die österreichische Wachstumsrate verlangsamt sich. Seit 1961 - von damals 8 % - ist sie nunmehr auf 3 % im Jahre 1965 gesunken. Gleichzeitig ist in Österreich eine Geldentwertung von 3,7 % zu beobachten. Diesen Umstand spüren wir auch in unserer Gemeinde, weil der Wert unserer Einnahmen im Verhältnis zu den immer steigenden Kosten absinkt. Wir haben früher mit weniger Geld mehr leisten können als heute, noch dazu gehen die Einnahmen zurück, während die Ausgaben ständig steigen, in Folge höherer Kosten, was wir besonders in der Bauwirtschaft am besten beobachten können. Sie werden daher verstehen, daß nach wie vor die größte Vorsicht geboten ist. Es soll daher der Voranschlag nicht überfordert werden. Unsere bisher gefestigte Finanzlage beginnt sich zu lockern. Der Herr Bürgermeister wird sich nunmehr auch in die Reihe der Bittsteller stellen müssen, um vom Land Bedarfszuweisungen zu erhalten.

Ich danke allen Mitarbeitern an diesem Voranschlag, insbesondere Herrn AR Stary und seinen Mitarbeitern, den Abteilungsvorständen und bitte gleichzeitig alle verantwortlichen Dienststellen, für eine sparsamste und rentable Wirtschaftlichkeit und ordnungsgemäße Abwicklung der Gebarung zu sorgen.

Sehr geschätzter Gemeinderat!

Unsere bisherigen Leistungen werden von der Bevölkerung als lobenswert beurteilt und anerkannt. Man erwartet von uns auch im kommenden Jahr die gleichen Anstrengungen und Bemühungen, um die Bedürfnisse zur Zufriedenheit zu erfüllen, was wir aber nur imstande sein werden, wenn an der bisher so erfolgreich geübten Zusammenarbeit weiterhin festgehalten wird. Eine Kommunalpolitik kann nur dann besonders erfolgreich sein, wenn alle politischen Parteien in gemeinsamer Arbeit das gleiche Ziel anstreben, alles was für unsere Bevölkerung notwendig ist, zu tun. An Ihnen wird es liegen, die großen und neuen Aufgaben, die uns gestellt sind, zu bewältigen, zum Wohle unserer Bevölkerung und zur Ehre unserer Heimatstadt.

Der Finanz- und Rechtsausschuß, der diesen Voranschlag beraten hat, stellt Ihnen daher folgenden Antrag:

2) Ha-4200/66

Voranschlag 1967.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1967 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

S 95,538.800,-

der außerordentliche

Haushalt in den Einnahmen mit

S 28,716.400,-

in den Ausgaben mit

S 57,150.000,-

folglich mit einem

Abgang von

S 28,433.600,-

festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Einsparung, Mehreinnahmen oder Darlehensaufnahme gefunden

wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städt. Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/48 in der anliegenden Fassung.

Weiters wurden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 11, 526. 000,- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 5, 370. 000,--, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 610. 000,-- ausgeglichen, sowie die Voranschläge der Stiftungen und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden mit Ausnahme der Gewerbesteuer im gleichen Ausmaß wie im Jahre 1966 erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	400 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1 000 v. H.

.... der Ihnen zur Annahme empfohlen wird.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten den Antrag und die

Ausführungen zum Voranschlag 1967.

Zum Wort gemeldet hat sich Kollege Radinger!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn das heutige Budget nicht nur - wie es in den vergangenen Jahren der Fall war - von einer gewissen Vorsicht zeugt, sondern, der Herr Finanzreferent hat ja auch das Wort ausgesprochen, diesmal von einem gewissen Pessimismus, dann darf man auch annehmen, daß dies nicht ohne Grund der Fall ist. Der Herr Finanzreferent hat eine Reihe von Ursachen dafür angeführt. Statt steigender oder zumindest gleichbleibender Einnahmen ist ein Absinken zu erwarten. Dabei sind die Kosten in einem steten starken Ansteigen begriffen. Die Auswirkungen des Finanzausgleiches sind zwar in ihrer Tragweite noch nicht völlig bekannt, werden aber sicher eine weitere Minderung unserer Einnahmen bringen. Dabei ist der frei verfügbare Anteil unseres Budgets weiter zusammengeschrumpft. Gerade in dieser Zeit stehen wir unter einer Belastung, besonders auf dem Schulbausektor, wie sie in der Geschichte unserer Stadt noch kaum da war. Wir stehen aber auch vor der Aufgabe, weiterhin den Wohnungsbau in verstärktem Maße fortzuführen, der Bau von Sammelkanälen und Kanalanlagen, im kommenden Jahr mit 7,5 Millionen veranschlagt, ist eine harte Verpflichtung, der wir uns im Interesse der weiteren Entwicklung unserer Stadt nicht entziehen können. Wir verstehen daher, wenn der Finanzreferent warnend seinen Finger hebt und jedes Risiko ausschließen will. Ein paar Gedanken zum Finanzausgleich, der, ohne daß man dabei auf Details eingeht, unserer Meinung nach unsere Wünsche sicher nicht erfüllen wird

und aller Voraussicht nach mehr nehmen wird als er uns zu geben verspricht. Wenn man die Verwaltungsaufgaben, die der Stadt, dem Land und dem Bund gestellt sind, in Relation bringt zu den entsprechender Anteilen an den Eingängen an Steuern und Abgaben, so wird es sicher keiner dieser 3 Gebietskörperschaften Mühe bereiten zu beweisen, daß sie dabei die Benachteiligte ist. Sicher ist - das geben wir ohne weiteres zu - daß der Staat einen Großteil seiner Finanzkraft aus den Städten schöpft, aus dem Fleiß und der Tüchtigkeit des Gewerbes, der Industrie, der Betriebe und der Menschen, die in den Städten, in den verschiedensten Branchen, wirken. Wir sehen auch ein, daß für die übergeordneten Aufgaben der Zentralverwaltung entsprechende Mittel zur Verfügung stehen müssen, weil die Erfüllung dieser koordinierenden Aufgaben auch im Interesse der Städte liegt. Wir glauben aber, daß man gerade in unserer Zeit den Städten Pflichten und Aufgaben zuschanzt bzw. daß solche Aufgaben in reichem Maße in diesen Städten entstanden sind, ohne daß ihnen die Mittel zu ihrer Durchführung belassen werden. Sehr häufig werden Pflichten, die dem Bund zustehen, vernachlässigt, obwohl im Finanzausgleich die Gelder dafür den Städten bereits abgeknöpft worden sind. Wenn die Städte nicht wollen, daß solche Vernachlässigungen und Unterlassungen sich zum Nachteil und Schaden ihrer Bürger auswirken, dann müssen sie neuerdings in den Säckel greifen, ja sogar Schulden machen, um diese Vorhaben auf eigene Kosten durchzuführen, obwohl sie dafür schon im Finanzausgleich bezahlt haben. Darf ich als Beispiel dafür wiederum das Problem der Schulen herausgreifen. Über 26 Millionen Schilling hat die Stadt seit dem Jahre 1961 für solche Schulen ausgegeben, deren Führung und Unterhalt eigentlich Aufgabe

des Bundes wäre. Beim Neubau der Schule auf dem Tabor - das ist Gemeindesache, das wissen wir - hat die Gemeinde mit Recht darauf hingewiesen, daß Steyr rund 10 Klassen für gemeindefremde Schüler führt, sodaß eine entsprechende Beteiligung des Landes angezeigt wäre. Wir beziffern die kostenmäßige Beteiligung mit 10 - 15 Millionen Schilling. Der Herr Unterrichtsminister hat sich unlängst in launiger Weise und in beachtlicher Offenheit als "Bundesräuberhauptmann" bezeichnet.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das ist auch der richtige Name für ihn!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Er ist der erste Ressortchef jedenfalls, der diese Selbsterkenntnis übt. Steyr ist nicht die einzige Stadt, die unter dieser Eigenschaft des Unterrichtsministers leidet, weil die Stadt nicht will, daß Eltern und Schüler für den chronischen Geldschwund im Säckel des Unterrichtsministers die Zeche bezahlen. Zu alledem kommt, daß die Schülerzahl in unserer Stadt, wie ein Bericht des Bezirksschulrates eindeutig nachweist, in den letzten 5 Jahren um ca. 700 angestiegen ist. Das allein bedeutet eine zusätzliche Anzahl von mindestens 20 Klassen. Die Ausgaben aus dem Kapitel Schulneubau Tabor, Zubau Schule Ennsleite, Grundbeistellung für das Berufsschulzentrum, belasten die Gemeinde mit mehr als 50 Millionen Schilling. Auf dem Gebiet des Pflichtschulwesens, das in die Kompetenz der Gemeinden fällt, hat die Stadt seit 1961 einen Betrag von mehr als 23,6 Millionen zugeschossen. Dabei hat sich der Zuschußbedarf von 2,3 Millionen im Jahre 1961 auf mehr als 4 Millionen im Jahre 1967 erhöht, also

beinahe verdoppelt. Ähnlich liegt die Situation bei den Kindergärten. Hier beträgt der Zuschußbedarf von 1961 - 1967 14,3 Millionen Schilling. Er hat sich von 1,4 Millionen Schilling im Jahre 1961 auf 2,8 Millionen Schilling im Jahre 1967 erhöht, was einer glatten Verdoppelung gleichkommt. Das heißt mit anderen Worten, daß für Schulen und Kindergärten die Stadt in diesem Zeitraum rund 38 Millionen Schilling zugeschossen hat. Wohl gemerkt nur für den laufenden Betrieb.

Ich glaube, es ist in diesem Zusammenhang angezeigt, auch darauf hinzuweisen, was die Stadt auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, der Herr Finanzreferent hat das ja auch angeführt, geleistet hat. Seit 1961 wurden von der Stadt bzw. der GWG der Stadt Steyr fast 900 neue Wohnungen gebaut, durch Darlehen an Wohnungsgenossenschaften wurde der Bau einer beträchtlichen Anzahl weiterer Wohnungen mitfinanziert. Wir können, das hat ja auch unser Finanzreferent bereits angeführt, auf eine Reihe von Leistungen des abgelaufenen Jahres mit Freude hinweisen. Wenn ich dabei nur einige davon noch einmal herausgreifen darf: Der Stadtteil Wehrgraben, der überwiegend von einer Arbeiterbevölkerung bewohnt ist, hat einen schönen Kindergarten erhalten, für unsere Jugend wurde das neue Gebäude der Musikschule seiner Bestimmung übergeben, der Bau der Schule auf dem Tabor ist bis zur Dachgleiche gediehen. Der Ausbau der Schule Ennsleite wurde begonnen, der Zubau zum Altersheim ist glücklicherweise auch um ein gutes Stück vorangegangen und für die Pensionistenwohnungen wurde der Baubeginn freigegeben. Der Fahrbetrieb der Städtischen Unternehmungen wurde auf einige Randgebiete der Stadt ausgedehnt und verdichtet. Das Straßennetz wurde wesentlich verbessert, die Sportler auf der Ennsleite haben eine neue

Heimstätte bekommen. Das ist nur einiges aus der Fülle der Leistungen, die wir im vergangenen Jahre gemeinsam vollbringen konnten.

Wir Sozialisten im Steyrer Gemeinderat werden auch unter den nunmehr sichtlich erschwerten Bedingungen mit unverminderter Kraft für unsere Stadt arbeiten und alles daransetzen, auch im kommenden Jahre im Dienste der Bevölkerung das Beste zu leisten.

Wir hoffen, daß wir dabei mit der Zusammenarbeit aller Fraktionen rechnen können, wie sie ja bisher in den wesentlichsten Belangen zu verzeichnen war, denn auch das ist allen klar, daß der Gemeinderat, die Gemeindestube, nicht der Ort ist, wo man sich auf Kosten des Gesamtwohles, um billiger politischer Vorteile willen, eine Sonderstellung leisten kann.

Wenn nun die Redner der anderen Fraktionen zum Budget ihre Stellung beziehen werden, so sind wir überzeugt, daß sie eine Reihe von Problemen anschneiden werden, deren Erfüllung ihnen am Herzen liegt. Wir stehen nicht an zu sagen, daß auch wir ein ganzes Paket von solchen Wünschen bereit hätten, daß wir aber Einsicht genug haben, der Lage, wie sie vom Finanzreferenten geschildert wurde, Rechnung zu tragen.

Wir glauben, daß wir allen Schwierigkeiten zum Trotz auch im kommenden Jahr die Leistungen, die ich einzeln nicht mehr anzuführen brauche, weil sie der Finanzreferent ja entsprechend hervorgehoben hat, im Interesse unserer Bevölkerung weiterführen können. Unser Dank muß in diesem Augenblick auch jenen Menschen gelten, die durch ihren Fleiß, durch ihre Tüchtigkeit, durch ihren Einsatz und ihre Leistung in den Betrieben und an allen Wirkungsstätten dazu beigetragen haben, die Mittel für

unsere kommunale Tätigkeit aufzubringen. Der Dank gilt aber besonders den Arbeitern, Angestellten und Beamten dieses Hauses, deren Pflichtbewußtsein eine wesentliche Voraussetzung für die Durchführung aller unserer Beschlüsse und Aufgaben bildet.

Selbstverständlich geben wir Sozialisten dem vorgetragenen Budget unsere Zustimmung.

Ich möchte den Wünschen und dem Dank, den ich an die Bevölkerung ausgesprochen habe, die Glückwünsche an unseren verehrten Bürgermeister, an die Herren Vizebürgermeister und an alle Mitglieder des Gemeinderates für das kommende Jahr anschließen, in dem Sinne, daß Sie in Gesundheit und Frische für das Wohl unserer Stadt weiter tätig sein sollen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Als nächster Diskussionsredner hat sich Kollege Hochmayr gemeldet!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Verehrte Damen und Herren!

Darf ich zu dem äußerst vorsichtigen Budget, welches wieder von unserem Finanzreferenten in gemeinsamer Aussprache mit den verschiedenen Referenten erstellt wurde, kurz Stellung nehmen.

Es ist angeklungen, daß wir nicht mehr auf einem Boden stehen, auf dem wir mehr ausgeben können als wir haben. Die Kunst des Wirtschaftens liegt ja wohl darin, daß man mit geringen Mitteln die größtmöglichen Erfolge zu erreichen sucht. Wir dürfen sagen, daß es auch in Steyr immer so gehandhabt wurde. Vielleicht darf ich gleich mit der Gruppe 0 beginnen, weil ich der Meinung bin, daß in diesen Sektor "Allgemeine Verwaltung" auch die Sorgen des Personals am besten passen. Ihnen allen ist bekannt, daß auf

Bundesgesetzebene x-mal die dienst- und besoldungsrechtlichen Vorschriften geändert wurden, wir wissen aber auch, daß das Statutargemeinden-Beamtengesetz diesen Novellierungen noch nicht in vollen Zügen teilhaftig wurde und ich habe bereits im Vorjahr auf die Schwierigkeiten und Nachteile hingewiesen, die bei uns weibliche Bedienstete, wenn sie ausscheiden, in Kauf nehmen müssen, weil sie die Vorteile, die Bundes- oder Landesbedienstete haben, nicht genießen, da das Statutargemeinden-Beamtengesetz gegenteilige Bestimmungen enthält. Wir haben uns daher erlaubt, der Landesregierung gegenüber darauf hinzuweisen und wir hoffen, daß die Novellierung im Interesse der Magistratsbediensteten in absehbarer Zeit erfolgen wird.

Meine sehr Verehrten! Wir haben noch eine große Aufgabe auf dem Personalsektor, die wir aus der Hand gegeben haben - wir haben sie der Gewerkschaft hier im Hause, der Personalvertretung, übertragen - das sind die Bezugsvorschüsse an unsere Bediensteten. Sie wissen, daß kraft der Bundesverfassung das Personalwesen Angelegenheit des Bundes, des Landes und somit auch Angelegenheit des Gemeinderates ist. Beim Bund, wie auch hier im Hause, ist es üblich, daß jemand, der in Not gerät, einen Bezugsvorschuß oder eine nicht rückzahlbare Beihilfe erhalten kann. Wir haben dadurch, daß wir die Agenden aus der Hand gegeben haben, keinen Überblick, wie es den Bediensteten hier im Hause geht. Es wäre sehr erfreulich, wenn wir von seiten der Gewerkschaft hier einmal einen Bericht über den Einsatz der ihnen zur Verfügung gestellten Mittel bekommen könnten. Ich bin der bescheidenen Meinung, es wäre sogar eine Verpflichtung, uns einen solchen vorzulegen.

Ein weiteres Kapitel sind die Personalvertretungswahlen. Sie wis-

sen, daß beim Bund das Personalvertretungsgesetz soweit fertig ist, daß man auf gesetzliche Basis zu den Personalvertretungswahlen schreiten kann. Wir dürfen auch als Arbeitgebervertreter nicht übersehen, daß wir für die verfassungsmäßige Durchführung - wir haben sie alle gelobt - der Bestimmungen verantwortlich sind und auch darauf achten werden müssen, daß den Bediensteten hier im Hause das freie Recht der Entscheidung gewahrt wird.

Ein besonderes Sorgenkind - das wurde bereits vorhin aufgezeigt - sind unsere Schulen und damit immer noch die fehlenden Turnsäle. Hoffen wir, daß die Mittel in absehbarer Zeit auch dafür in größerem Ausmaß eingesetzt werden können. Wenn darauf verwiesen wurde, daß die Kindergärten - wir haben 10 an der Zahl - 3,4 Millionen Schilling beanspruchen und der Zuschußbedarf über 2 Millionen Schilling ist, so möchte ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, daran erinnern, daß es in dieser Stadt Privatkinderärten und Horte gibt, die eine bescheidene Förderung haben, die aber der öffentlichen Hand bestimmt durch ihre Tätigkeit rund 1,8 Millionen Schilling ersparen. Ich möchte daher sehr bitten, daß Sie bei der Erstellung eines zukünftigen Budgets auch diesen Sektor nicht ganz beiseite lassen. Ein weiterer bescheidener Hinweis, der sich schon durch Jahre zieht, ist die Schulbücheraktion. Wir haben seinerzeit diese Aktion beschlossen und ich glaube, es ist nur eine Kleinigkeit und wird sicher nicht am guten Willen fehlen, daß sie in voller Gleichberechtigung durchgeführt wird, weil ja auch bei den Pflichtschulen kein Unterschied gemacht wird, wie hoch das Einkommen des Familienerhalters ist. Eine weitere Förderung ist die Zentralbücherei. Hier muß ich daran erinnern und Sie bitten, nicht zu vergessen,

daß es in Steyr auch noch einige Privatbüchereien gibt, die der Öffentlichkeit zugänglich sind und die auch der Förderung bedürfen würden. Zum Problem Denkmalpflege. Wir freuen uns über die Einmütigkeit, daß wir nun soweit sind, daß auch das Kriegerdenkmal in Steyr in absehbarer Zeit errichtet werden kann.

Ein besonderes Kapitel ist wohl das Gesundheitswesen. Sie wissen um die großen Abschnitte: Reinheit der Luft, Reinheit der Nahrungsmittel und Reinheit der Gewässer.

Zum 1. Punkt, Reinheit der Luft: Wir haben ein Meßgerät und ich darf die Aufforderung wiederholen, endlich mit diesem Gerät die entsprechenden Messungen durchzuführen, denn wir wissen ja gar nicht, wieviel Kilo Blei, die sich aus den Auspuffgasen absondern, in den engen Gassen der Stadt Steyr gelagert sind. Wir wissen nur, ich glaube mich nicht zu irren, daß es in Zürich rund 9 Tonnen pro Jahr sind. Speziell durch den gestoppten Verkehr wäre es erforderlich, die Analyse auf dem Stadtplatz zu machen. Auch an den Arbeitsstätten wären solche Untersuchungen empfehlenswert. Das ist eine Aufgabe, der wir uns nicht verschließen dürfen.

Gans besonders freut es uns, daß es nach emsiger Arbeit - ich darf daran erinnern wie groß der Leidensweg war, den wir hinsichtlich der Krebsvorbeugung in diesen Hallen gegangen sind - gelungen ist, daß nicht nur das Land im Landeskrankenhaus eine Krebsforschungsstelle sondern auch die Gebietskrankenkasse eine solche errichtet hat. Wir freuen uns, daß gerade durch das neue Institut, das die Landesregierung hochherzig gefördert hat, die neue pathologische Abteilung, die Möglichkeit der Forschung bis zu einem hohen Grad gegeben ist. Nun komme ich zu einem heiklen Kapitel:

Bau-, Wohnungs- und Siedlungs-

wesen. Es ist auch aus den Referaten der Vorredner bereits angeklungen, daß wir auch in Steyr nach den Grundsätzen des zeitgemäßen Städtebaues vorgehen werden müssen, wir werden unser Planen nach den Gruppen: Arbeiten, Wohnen, Erholen, einteilen müssen. Was bisher auf dem Gebiet des Städtebaues geschaffen wurde, stand förmlich unter dem Druck des dringendsten Bedarfes. Nunmehr, da zumindest der größte Ansturm hinter uns liegt, müssen wir uns bemühen, zu einem plangerechten System auf diesem Gebiet zu kommen, welches eine gediegene Verbindung des neu Geschaffenen mit dem traditionsgebundenen Alten herstellt. Wir haben daher zeitgerecht ein Raum- und Funktionsprogramm zu erstellen, welches Fehlplanungen verhindert und einer weitschauenden Raumordnung entspricht. Ich darf hier die Prinzipien, die auch genannt wurden, die Wirtschaftlichkeit, die Zweckmäßigkeit und die Sparsamkeit erwähnen. Unsere Aufgabe ist es daher, nicht allein dafür zu sorgen, daß die Straßenzüge und die Gehsteige samt der dazugehörigen Beleuchtung und der Kanalisation hergestellt werden, sondern daß auch eine Eingliederung der jeweiligen Baulücken vorgenommen wird. Dies bedeutet jedoch, daß wir die Rechtsunsicherheit, die sich derzeit durch den Umstand ergibt, daß ein Großteil des Stadtgebietes noch immer nicht durch rechtskräftige Bebauungspläne erfaßt ist, ebenschnell beseitigen. Das besondere Problem der Städte, die Altstadtsanierung, betrifft auch Steyr. Auch wir brauchen größere Mittel hiezu und ich darf Ihnen sagen, daß sich der Bauausschuß des Städtebundes vor 2 Tagen auch mit diesem großen Problem befaßt hat. Die Tatsachen, daß der Denkmalschutz im Gesamtinteresse liegt und der private Hausbesitz, der auch überwiegend die Lasten der Flücht-

lingsströme getragen hat, wohl sicher nicht mehr existieren würde, wenn nicht die Eigentümer die Erhaltung bestritten hätten, bilden wohl die Grundlage für die Ansicht, daß auf Zuwendung von Förderungsmitteln zur Sanierung und zur Erhaltung der Altstadt-Gebiete derselbe Anspruch besteht, wie bei den Neubauten.

Und nun zum Kapitel Neubau und in diesem Zusammenhang zur Vergabe von Aufträgen durch die öffentliche Hand. Wenn wir diesbezüglich auch keine Sorgen haben, weil die Aufträge durch den Stadtsenat, durch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates und andererseits durch den Aufsichtsrat der GWG vergeben werden, so wäre es doch empfehlenswert, an eine der ÖNORM entsprechende Vergabeordnung zu denken, wie sie bereits in anderen Städten eingeführt ist. Welche Bedeutung dieser Auftragsvergabe zukommt, beweist, daß auch dieses Thema ein Programmpunkt in der erwähnten Sitzung des Städtebundes war. Die erfreuliche Wohnbautätigkeit, welche auch in Steyr herrscht, und ebenfalls bereits besprochen wurde, hat nicht nur die Möglichkeit geschaffen, auf kommunalem Sektor neue Wohnungen zu bauen, sondern auch auf dem privaten Sektor und wir sind der Meinung, daß die Eigeninitiative, welche Gott sei Dank auch hier noch vorhanden ist, weiter unterstützt werden soll durch Freigabe von Siedlungsgründen. Ich glaube, das wäre die beste Förderung, wenn wir daran denken, daß ein künftiger Eigentümer doch sämtliche Mittel zur Verfügung stellt, sie mitunter sogar der Familie vorenthalten werden, damit so ein Eigenheim geschaffen werden kann.

Unsere Sorge gilt aber auch dem Tiefbau, einem weiter ausgebauten und verbesserten Straßennetz. Ich darf Ihnen sagen, daß unser Straßennetz

derzeit eigenerhaltungspflichtige Straßen von 113 km Länge oder 671.270 m² Fläche umfaßt, daß von diesem Straßennetz 94 km staubfrei gemacht wurden, - das ist der Endstand 1965, weil die Abrechnung 1966 noch nicht vorliegt - was einer Fläche von 562.070 m² entspricht. Das berühmte Thema, das auch im Parlament angeschnitten wurde, dank der Anfragen der Abgeordneten Sandmayr und Dr. Zittmayr, umfaßt die Burgfriedensstrecken, die auch uns äußerst belasten. Ich darf erinnern, daß es sich gerade um die Straßenzüge handelt, die mitten durch das Stadtgebiet gehen in einer Länge von 15 km. Wir sind dem Herrn Bautenminister Dr. Kozina sehr verbunden, daß er die Erklärung abgegeben hat, daß es Aufgabe des Bundes sein wird, die Betreuung und den Ausbau dieser Burgfriedensstrecken zu übernehmen.

Nun will ich noch ganz bescheiden einen Hinweis auf unsere Kanäle geben. Ich wage es fast nicht zu sagen, daß unsere Stadt mit 40.000 Einwohnern leider derzeit nur über ein Kanalnetz von 46.600 m Länge verfügt. Ich glaube wohl, daß die Mittel im außerordentlichen Haushalt für das Kanalsystem dringendst erforderlich waren.

Das Brückenproblem ist auch noch nicht von der Tagesordnung verschwunden. Wir wissen, daß wir eines Tages im Verkehr ersticken werden, wenn es nicht gelingt, Mittel für die Umfahrungen frei zu bekommen. Mit der Umfahrung Seifentruhe, erste Baurate, ist die Bestätigung der Wichtigkeit im Budget verankert. Ich möchte aber trotzdem wieder darauf hinweisen und bitte auch um Ihr Verständnis, daß wir die Hundsrabenumfahrung, mit einer neuen Brücke über die Enns, nicht aus den Augen verlieren dürfen. Zur Verschönerung der Stadt gehört auch jenes Plätzchen, das die Visitenkarte der Wohnung einer Haus-

frau bildet. Auch hier wurde jahrelang schon der Hinweis gegeben, daß unsere berühmten Anstalten - nachdem wir nun auch noch zur Fremdenverkehrsstadt erhoben wurden - wohl jetzt nicht mehr den Gegebenheiten entsprechen. Ich glaube, hier wo das Wasser plätschert, wird etwas gemacht werden müssen im Interesse des Ansehens der Stadt und wegen der Hygiene. Selbstverständlich - das ist auch angeklungen - dürfen wir den weiteren Ausbau unseres Feuerwehrwesens nicht verabsäumen und der Feuerwehr die Geräte geben, die der modernen Technik entsprechen.

Wir müssen uns bemühen, für die Stadt jene Einrichtungen zu schaffen, die nicht nur allen Bewohnern zugute kommen, sondern von denen auch der Fremde sagen wird, daß Steyr nicht nur eine Stadt der Arbeit, des Fleißes und des Könnens, sondern ein Kleinod inmitten unserer Heimat ist.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Als nächster Diskussionsredner ist Kollege Gemeinderat Moser an der Reihe.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrter Gemeinderat!

Wir sind gewohnt, daß unser Finanzreferent bei jeder Budgetberatung einen äußerst mahnenden Ton angeschlagen hat, zu sparen, um unseren Haushalt in Ordnung zu halten. Dagegen ist nichts einzuwenden. Sein Ton bei dieser Budgetberatung, die allerdings in der Zeit einer vollkommen geänderten politischen Situation durchgeführt wird, noch dazu in der Zeit der letzten Funktionsperiode des Gemeinderates, hat geradezu pessimistisch geklungen. Ich glaube, man könnte auf Grund des Voranschlages sagen, daß das Steyrer Budget einmal

anders ist. Wir waren es gewohnt, mit einer gewissen Sicherheit den Voranschlag zur Kenntnis zu nehmen, in welchem immer die Notwendigkeiten des Haushaltes auf allen Gebieten richtig verteilt und dotiert waren. Ich glaube, ich kann es mir erübrigen, das, was von den Vorrednern schon gesagt wurde, zu wiederholen. Ohne Zweifel kann der Steyrer Gemeinderat mit ruhigem Gewissen auf eine Tätigkeit zurückblicken, die im großen und ganzen den Bedürfnissen der Steyrer Bevölkerung auf allen Gebieten Rechnung getragen hat. Es wurde wiederholt betont, daß das ein Erfolg gemeinsamer Arbeit, des Zusammenarbeitens aller Fraktionen im Gemeinderat, ist. Interessant war für mich, daß Stadtrat Radinger in seinen Ausführungen - zwar sehr vorsichtig, sehr leise, so leise wie es bisher in den Koalitionsparteien üblich war und im Steyrer Gemeinderat herrscht ja noch die Koalitionsatmosphäre, das sage ich offen heraus - erklärt hat, daß der Staat im wesentlichen sein Geld, seine Finanzen, durch Abziehung der Mittel aus den Städten und Gemeinden aufbringt. Das war eine sehr taktvolle und leise Andeutung gegenüber dem Finanzminister. Ich unterstreiche das etwas kräftiger. Wir sind der Auffassung, daß in der heutigen Situation die etwas verschlechterte Lage in unserem Voranschlag ein wesentlicher Ausfluß der Politik der ÖVP-Regierung, der Alleinregierung ist, die in erster Linie im Finanzausgleichsgesetz zum Ausdruck kommt. Auch hier hat der Finanzreferent sehr vorsichtig gesagt - und das ist ohne Zweifel richtig - daß ein Gesamtüberblick über die Auswirkung des Finanzausgleichsgesetzes noch nicht möglich ist. Der Sprecher seiner Partei hat es schon etwas deutlicher gesagt. Es steht ohne Zweifel fest, daß der Finanzausgleich kein Mehr - gegenüber der Vergangenheit -

sondern ein Weniger für die Gemeinden bringen wird. Ich bin auch dieser Auffassung. Vorläufig bedeutet der Finanzausgleich eine Verschlechterung für das Gemeindebudget, weil er uns weniger an Einnahmen bringt. Es ist richtig, daß uns das kommende Budget voraussichtlich keine oder nur wenige Möglichkeiten gibt, auch berechnete Wünsche zusätzlich unterzubringen. Es war ja auch in der Vergangenheit in diesem Forum nicht üblich, übertriebene Forderungen zu stellen, Wünsche zum Durchbruch zu bringen, die das Budget überfordert hätten.

Auch heute wurden Wünsche vorgebracht, die sich in sehr bescheidenen Grenzen halten, da der gesamte Gemeinderat unter dem Druck der vorgetragenen Budgetsituation steht und es hat den Anschein, als wage man nicht, an die Zukunft zu denken. Man spricht nur von den Leistungen in der Vergangenheit. Ich habe bereits schon früher von dieser Stelle aus gesagt, daß der Gemeinderat, auch wenn dadurch Überschreitungen der Budgetmittel notwendig werden, nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft arbeiten muß. Wenn das im begrenzten Ausmaß geschieht, weil es der Jugend, der künftigen Generation, zugute kommt, darf man auch nicht davor zurückschrecken - nicht leichtsinnigerweise natürlich, wir haben ja wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir keine Freunde von Schuldenmachen sind - Darlehen aufzunehmen. Wir müssen sehen und es deutlich aussprechen, daß der Staat, die heutige Bundesregierung, viel rücksichtsloser als zur Zeit der Koalitionsregierung seine Finanzpolitik durchführt und zwar eine bewußte, gezielte Finanzpolitik. Der Finanzminister hat ja anlässlich der Budgetberatungen gesagt, er gibt zu, daß seine Finanzpolitik auf eine Einschränkung des Konsums hinzielt. Man

liest es in der Presse und erfährt es auch durch die Aussprüche der heute führenden Politiker, daß sie bewußt den Lebensstandard des Arbeiters nicht weiter fördern, sondern einschränken wollen. Ja auch das Bundesbudget ist nichts anderes als ein Raub an den arbeitenden Menschen, eine Einengung ihres Lebensstandards und ein Geschenk an die Besitzenden durch Steuergeschenke und Steuerbegünstigungen. Ich bin der Meinung, daß es trotz des diesmal nicht sehr rosigen Budgets nicht am Platz ist, allzu großen Pessimismus zur Schau zu tragen. Ich bin überzeugt, der Steyrer Gemeinderat wird auch in künftigen Jahren in seiner Tätigkeit nicht erlahmen und jene Arbeiten durchführen, die er sich zum Ziel gesteckt hat und die er im Interesse der Bevölkerung durchführen muß. Österreich ist doch nicht so arm, daß nicht die Mittel für weitere Aufgaben zur Verfügung stünden. Wenn der Herr Finanzreferent angeführt hat, daß die Verhandlungen mit der EWG bisher nicht zu Ende geführt werden konnten, ja daß immer wieder neue Schwierigkeiten auftreten und es bedauert, weil, wie er erwähnt hat, 50 % unseres Exportes in EWG-Länder geleitet wird und daß die EFTA nicht imstande war, mehr unseres Exportes aufzunehmen, so müssen wir uns darüber klar sein, daß ein Anschluß an die EWG für Österreich - das füllt in den letzten Tagen gerade alle Tagesblätter und die Gespräche aller Wirtschaftstreibenden - auch gewisse Gefahren birgt. Ich gebe ohne weiteres zu, daß für große Unternehmen, für große Gesellschaften ein Anschluß an die EWG keine solche Gefahr bedeutet wie für Mittelbetriebe und für die Landwirtschaft. Das sagen nicht nur wir, das sagen Wirtschaftsfachleute und es gibt auch schon in sehr vielen Unternehmerkreisen warnende Stimmen davor, sich von einem Anschluß an die EWG eine wirt-

schaftliche Besserstellung zu erwarten. Vielleicht geht der Finanzreferent von dem Standpunkt aus, daß Steyr leider abhängig ist von dem einen Großbetrieb, daß wir trotz aller Anstrengungen der Gemeinde noch immer zu wenig Mittelbetriebe in Steyr besitzen, wodurch eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten aber auch der Einkommensmöglichkeiten gegeben wäre. Ich bin der Meinung, wir haben keine Ursachen, es so zu bedauern, abgesehen davon, daß der Anschluß auch gewisse politische Gefahren beinhaltet und an das Neutralitätsproblem Österreichs heran geht. Eine Errungenschaft unseres Staatsvertrages, die von uns nicht hoch genug eingeschätzt werden kann und wir alles tun müssen, um diese Neutralität auch wirklich aufrecht zu erhalten. Es wurde ja schon gesagt, daß das Finanzausgleichsgesetz in seiner weiteren Auswirkung uns voraussichtlich noch weitere Mittel entziehen wird. Wir haben gesehen, daß die Gewerbesteuer, die einst die große Einnahmenquelle der Gemeinde gewesen ist, um 10 % gekürzt wurde und daß der Polizeikostenbeitrag von S 60,- auf S 80,- pro Kopf der Bevölkerung im Jahr erhöht wird. Es ist interessant, wenn man in der Gemeindezeitung, die wir gestern zugestellt erhielten - ich habe leider zu wenig Möglichkeit gehabt, sie eingehend zu studieren - den Vortrag des Vizebürgermeisters Slavik über den Finanzausgleich liest. In diesem Referat hat Slavik über den Polizeikostenbeitrag gesagt: "Er sollte ja noch höher angesetzt werden auf S 90,-" und man hat auch den Vorschlag von der Regierung gebracht, man möge sich prozentuell an den Gesamtausgaben für die Polizei beteiligen. Dazu erklärt Slavik, daß es vielleicht nicht der schlechteste Vorschlag wäre, wenn man in Betracht zieht, wieviel die Polizei an Gemeindeaufga-

ben erfüllen muß. Der Polizeikostenbeitrag in Höhe von S 80,- wurde zur Kenntnis genommen. Wenn auch in der Vergangenheit wiederholt gesagt wurde, Kollege Stadtrat Radinger hat es auch heute wieder leise angedeutet, es möge hier bei den Budgetberatungen keine politische Diskussion abgehalten werden, so muß ich doch mit Entschiedenheit sagen, daß eine solche unvermeidlich ist, wenn wir klar und deutlich aufzeigen wollen, was uns in einer fortschrittlichen Gemeinde fehlt. Der Finanzausgleich trifft ja auch andere Gemeinden. Ich habe mich interessiert und Sie sicher auch, wie die budgetäre Lage in Wels, in Linz usw. aussieht. Man erhebt allerdings bei uns warnend die Stimme und zählt nur auf, wieviele Millionen diese Städte für ihre Darlehen an Zinsen bezahlen müssen. Das ist sicher ein Argument, das man nicht achtlos beiseite schieben soll. Aber wir sehen, daß diese Städte den Bedürfnissen ihrer Entwicklung entsprechend den Mut haben, Darlehen aufzunehmen und daß sie uns in der Entwicklung schon weit überflügelt haben. Besonders wenn man in gleicher Größenordnung stehende Städte wie Wels usw. in Betracht zieht. Man muß auch sagen, daß wahrscheinlich von der Bevölkerung ihre Finanzpolitik und ihre Bautätigkeit wirklich verstanden wird, denn wider Willen der Bevölkerung könnte sich das keine Körperschaft auf die Dauer leisten. Wenn ich vorhin erwähnt habe, daß kein allzu großer Pessimismus am Platz ist, weil Österreich kein armes Land ist, so möchte ich nur eine kleine Begebenheit anführen. Als ich vor Jahren als Metallarbeitersekretär eine Delegation Arbeiter der Steyr-Werke und von anderen Betrieben zum Finanzminister geführt habe, es war damals Krauland, um gegen die Erhöhung der Lohnsteuer zu protestieren und wir dort erklärt haben, daß

den Arbeitern jede Lohnerhöhung durch die Lohnsteuer weggenommen wird, hat Krauland, so wie der heutige Finanzminister, erklärt.....

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Krauland war nie Finanzminister!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Krauland war damals Minister für Vermögenssicherung und dafür verantwortlich. Ich sagte ihm damals, erhöhen Sie die Steuern dort, wo das Geld vorhanden ist. Darauf antwortete Krauland, schauen Sie Herr Sekretär, Sie werden es als brutal empfinden, wenn ich Ihnen sage, daß wir in Österreich bestenfalls ein Dutzend Millionäre haben und wenn ich denen ihre Millionen wegnehme, ist damit dem Staat und der Bevölkerung nicht gedient. Wenn ich aber einige Hunderttausend Arbeiter und Angestellte höher besteuere, so ergibt das wesentlich mehr Mittel und damit ist dem Staat besser gedient. Damals hat es in Österreich angeblich höchstens 1 Dutzend Millionäre gegeben. Heute geben auch die staatlichen Statistiken zu, daß es über 12.500 Millionäre gibt, persönliche Millionäre und juristische Personen in den Finanz- und Industriegesellschaften. Also es hängt von der Steuerpolitik des Bundes ab und einer gerechteren Verteilung der Mittel, um auch den Gemeinden einen größeren Anteil und dadurch eine größere Wirkungsmöglichkeit in ihrer Bautätigkeit zu geben. Für die große Konzentration des Kapitals ist die letzte Zeile dieser Rubrik interessant. 0,7 % aller Vermögenssteuerpflichtigen besitzen 58,8 Milliarden Schilling oder 47 % des gesamten steuerlichen Vermögens. Insgesamt gab es nach der offiziellen Statistik im Jahre 1962 12.580 Vermögen in der Höhe von 1 Million Schilling und darüber. Von diesen waren

10.711 persönliche Millionäre und 1.869 juristische Personen, das heißt Aktiengesellschaften und große Unternehmen. Da anzunehmen ist, daß diesen Kapitalgesellschaften ebenfalls viele Millionäre angehören, ist die wirkliche Zahl der Millionäre ungleich viel höher. Also wir sehen hier, wo der Finanzminister anpacken könnte und sollte und nicht den Gemeinden einen Finanzausgleich aufzuzwingen, der sie schädigt und ihre Tätigkeit einengt. Denn mehr Aufbauarbeit wird insgesamt von den Gemeinden geleistet, als das leider vom Bund der Fall ist. Aber es ist eine bekannte Tatsache, wenn es auch oft nicht ausgesprochen wird, daß Steuerpolitik Klassenpolitik ist und die heutige Regierung ist eine ausgesprochene Klassenregierung im Interesse der Besitzenden in Österreich. Ihr Budget, es wurde von einer sozialistischen Abgeordneten mit Recht als das unsocialste Budget seit vielen Jahren bezeichnet, bedarf einer Umänderung. Man wird jetzt sagen, sie haben ja die Mehrheit und das ist nicht so einfach. Dazu möchte ich sagen, naturgemäß ist es nicht möglich, eine Änderung herbeizuführen, wenn man noch so radikal ist, wie es jetzt die zur Opposition übergegangene sozialistische Partei macht und ihre Abgeordneten mit Recht die Politik des Bundes kritisieren. Das genügt nicht, eine Opposition muß entschlossen sein, alle parlamentarischen und wenn notwendig auch außerparlamentarischen Mittel anwenden, um eine Änderung herbeizuführen; denn nur dadurch kann für die arbeitenden Menschen dieses Staates, die sie ja im wesentlichen vertreten, eine Besserung ihrer Verhältnisse und nicht eine Verschlechterung erreicht werden. Im Zusammenhang mit einem Antrag, der uns heute vorliegt, möchte ich sagen, daß es schlecht ist, gebe aber zu, daß es teilweise ein Ausfluß der Bundespolitik ist, wenn Gemeinden, gerade so -

zialistische Gemeinden, in den Fehler verfallen, daß sie Tariferhöhungen durchführen. Es ist sehr widerspruchsvoll, wenn die Oppositionspartei von heute, die sozialistische Partei, - die ja im ganzen gesehen nicht viel weniger Stimmen erhalten hat als die Regierungspartei - zwar im Parlament opponiert, große Plakate anschlägt, gegen Tariferhöhungen, Benzinpreiserhöhung und gegen all diese Dinge remonstriert, sie aber im eigenen Wirkungskreis ebenfalls durchführt. Ich glaube, das wird bei den arbeitenden Menschen, die Sie doch als sozialistische Partei vertreten, auf wenig Verständnis stoßen. Man wird die Opposition wenig ernst nehmen. Es wäre nicht zu verwundern, wenn es bei kommenden Wahlen leider wieder so sein sollte, daß sich manche Arbeiter sagen, die einen erhöhen die Tarife und die anderen auch. Welcher Unterschied ist dann noch vorhanden? Wenn sie dann nicht politisch und wirtschaftlich geschulte Arbeiter sind, könnten sie sich dann leicht zu ihrem größten politischen Gegner verirren.

Ich möchte nun noch zu einigen kleinen Wünschen übergehen. Stadtrat Radinger hat gemeint, daß die Sprecher der anderen Fraktionen mit einem Paket von Wünschen kommen werden, die sie auch bereit hätten, aber infolge des vorliegenden Budgets davon Abstand nehmen, sie vorzubringen. Es gibt natürlich eine Reihe von Wünschen nicht großer Natur und ich möchte die kleinen, wie ich sie bereits einmal aufgezeigt habe, jene kleinen Sorgen der Bevölkerung, die, wenn sie erfüllt werden, im wesentlichen zur Erleichterung ihrer täglichen Arbeit und ihres Daseins beitragen, vorbringen.

Ich will, wie jedes Jahr, mit Kleinaber-Mein beginnen, weil für die Bewohner dieser Siedlung im Laufe des Jahres schon einige von mir öfter vor-

gebrachte Wünsche erfüllt wurden. Es ist erfreulicherweise nach vieljähriger Oppositionstätigkeit ...

Allgemeines Gelächter!

gelungen, die Mehrheit des Hauses zu veranlassen, doch den Autobus über die Ennsleite zur Siedlung Klein-aber-Mein zu führen. Das wird sehr begrüßt und von der Bevölkerung anerkannt, aber ich hätte einen zusätzlichen kleinen Wunsch und zwar soll der Aufenthalt am Stadtplatz verlängert werden. Er beträgt jetzt 1 Stunde, 20 Minuten. In dieser Zeit können die Hausfrauen ihre Einkäufe nicht erledigen. Als Beweis möchte ich dazu anführen, daß bei der Rückfahrt der Autobus geringer besetzt ist. Es tritt ein, daß die Hausfrauen, nachdem sie eingekauft haben, schwer bepackt den Rückweg erst wieder gehen müssen. Ich möchte daher den Referenten der Städtischen Unternehmungen, Kollegen Huemer, ersuchen, daß diese Angelegenheit überprüft und untersucht und wenn möglich der Aufenthalt am Stadtplatz verlängert wird. Gleichzeitig wiederhole ich ein auch noch nicht erledigtes Projekt, obwohl mir der Herr Bürgermeister in der Zwischenzeit erklärt hat, daß er neuerdings bei der Postdirektion interveniert hat, die Errichtung einer öffentlichen Fernsprechstelle. Bei der Bevölkerung da oben erweckt es - ob berechtigt oder nicht berechtigt - den Anschein, daß sie zu unbedeutend sind und man ihnen zu wenig Interesse entgegenbringt, um eine Sprechstelle dort zu errichten, damit sie mit der übrigen Welt in Verbindung treten können. Vorallem wirkt sich das bei Erkrankungen aus, wenn ein Arzt gebraucht wird und so fort. Ich bitte das Präsidium, mit aller Kraft sich dahinter zu setzen, um diese leidliche Frage zu klären.

Noch eine Beschwerde von Klein-

aber-Mein, auch sie wurde schon vorgebracht, sie dürfte das Bauamt betreffen. Die Einfahrstraße liegt an einigen Stellen höher als der Gehsteig und dadurch sind bei größeren Regengüssen die Gehsteige überschwemmt. Die Fußgänger müssen durch das Wasser waten oder müssen auf der Einfahrstraße gehen und sich dabei der Gefahr des Verkehrs aussetzen. Ich glaube, hier müßte das Bauamt beauftragt werden, dieser Sache nachzugehen und hier endlich Abhilfe schaffen.

Zur Ennsleite. Ich bin zwar kein Bewohner der Ennsleite, aber mir wird immer wieder zugetragen - ich habe das auch hier schon vorgebracht - daß der Verbindungsweg Arbeiterstraße - Schillerstraße, der auch von sehr vielen Schulkindern benutzt wird, immer noch keinen Gehsteig hat. Dort bestehen große Gefahrenmomente, die beseitigt werden müssen. Genauso ist auf der Ennsleite - da werde ich wahrscheinlich von Kollegen Baumann Zwischenrufe erhalten - noch kein richtiger Spielplatz vorhanden. Es gibt dort in der Nähe des Mädchenheimes, das jetzt gebaut wurde, einen Spielplatz für die ganz Kleinen. Aber für die Jugend von 8, 10 und 14 Jahren gibt es keinen Spielplatz. Es sollte beim weiteren Ausbau der Ennsleite berücksichtigt und versucht werden, hier einen Spielplatz einzuplanen. Ich will auch noch einen weiteren Mangel bei den Gehsteigen aufzeigen. Es ist Ihnen sicher schon unangenehm aufgefallen, besonders wahrscheinlich den Frauen, daß, wenn sie bei Regenwetter über die Enns- oder Steyrbrücke gehen, wohl auf der Fahrbahn keine Pfützen stehen, da sie richtig bombiert ist und das Wasser dadurch abläuft, aber auf den Gehsteigen große Lachen stehen, durch die man waten muß, dies ist besonders im Winter, wenn es friert, unangenehm und es können da-

durch Gefahrenquellen entstehen.

Zu Münchenholz. Ein besonderer Wunsch ist und ich erinnere mich, daß es schon sehr lange aus ist, es war Kollege Jungwirth, ehemaliger Betriebsratsobmann, der einige Male dafür eingetreten ist, daß der Abschnitt III doch durch die städtischen Autobusse befahren werden soll. Es wäre hier notwendig, eine Untersuchung durchzuführen und ich kann mir nicht vorstellen, daß dafür die Kosten so bedeutend und im Budget nicht unterzubringen wären. Der Verbindungsweg vom Abschnitt III zur Autobushaltestelle ist in einem miserablen Zustand. Diesen Weg müssen sehr viele Kinder, die in die Hauptschule gehen, benützen. Ich möchte im Interesse der Bewohner dieses Abschnittes das Ersuchen stellen, daß dieser Übelstand abgestellt wird. Weiters wird jeder, der nach Münchenholz kommt, schon bemerkt haben, daß bei den Haltestellen der Autobusse, beispielsweise am Plenkberg, zwar auf der Seite der Schule eine Einbuchtung als Haltestelle gemacht wurde, aber auf der gegenüberliegenden Seite fehlt das. Für die Autofahrer, die dort vorbeifahren, ist das eine große Gefahr, weil die dort befindliche Kreuzung nicht eingesehen werden kann. Ich glaube, es wäre hier notwendig - Kollege Gherbetz Du bist ja im Verkehrsausschuß - dieser Angelegenheit ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und das Gefahrenmoment dort zu beseitigen. Das gleiche gilt für die zweite gefährliche Kreuzung beim Hotel Münchenholz. Dort bestehen überhaupt keine Ausnehmungen und die Autofahrer sind dort gezwungen, mit äußerster Vorsicht zu fahren, damit es zu keinen Karambolagen kommt. Ich habe gehört, daß auch die Polizei das schon aufgegriffen hat. Ob es schon zum Magistrat gekommen ist, weiß ich nicht. Aber im Interesse des fließenden Verkehrs wäre dort ehest Abhilfe zu schaffen.

Neustraße. Die Kreuzung Anna-berg - Sierninger Straße ist wirklich ein Gefahrenmoment. Dort müssen sehr viele Schulkinder und auch Kirchenbesucher gehen - Kollege Hochmayr - die natürlich auch zu schützen sind.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT
OTTILIE LIEBL:

Hört, hört, welche Wandlung!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Wir wollen auch nicht, daß Kirchengänger zu Schaden kommen!

ZWISCHENRUF DER ÖVP-FRAKTION:

Bravo!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Vielleicht werden Sie nachher weniger bravo rufen, wenn ich mich gegen die Orgelfinanzierung ausspreche.

Allgemeines Gelächter!

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN EBMER:

Er ist nicht musikalisch.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Da ich schon von der Orgelfinanzierung gesprochen habe, bleiben wir gleich dabei. Der Herr Finanzreferent hat nicht zu unrecht gesagt, daß es sehr schwer werden wird, durch Einsparungen oder Mehreinnahmen das Budget zu verbessern. Nach Mehreinnahmen sucht man, man hat aber noch keine gefunden. Aber diese Angelegenheit ist natürlich noch offen, weil bis jetzt der Haushalt immer wieder ausgeglichen werden konnte durch erhöhte Bedarfszuweisung usw. Also ausgeschlossen ist es nicht, es besteht immer noch ein Hoffnungsschimmer, daß sich die Finanzlage trotz des Druckes, unter dem wir

stehen, vielleicht doch noch etwas verbessern kann. Ich habe hier in der Tagesordnung gelesen und weiß das auch aus dem Finanz- und Rechtsausschuß, daß geplant ist, eine Orgel für die katholische Kirche in Münchenholz anzukaufen. Entschuldigen Sie bitte, daß ich hier dem Referenten etwas vorgreife. Ich höre verschiedene Zwischenrufe, der eine sagt, ich bin nicht musikalisch, der andere sagt, das hat mit Kultur etwas zu tun. Gut, ich bin kein ausgebildeter Musiker, das gebe ich zu, mir gefällt Musik sehr gut, aber Urteile abzugeben, würde ich nicht wagen. Aber das ist ja einer der Bildungsmängel, die der gesamten Arbeiterschaft, infolge der herrschenden Klassen, anhaftet. Wir versuchen ja diese Mängel zum Beispiel durch die Errichtung der Musikschule usw. hintanzuhalten. Ich bin also der Meinung, daß, gerade bei dem angespannten Budget, die Gemeinde der Kirche eine Orgel kauft, ist nicht in Ordnung, obwohl wir - wir haben erst von den Kindergärten gesprochen - noch sehr viele soziale Probleme zu bewältigen hätten. Es wäre daher das Geld, das der Orgelankauf beansprucht, besser für die vielen sozialen Aufgaben der Gemeinde zu verwenden. Die erste Rate beträgt S 500.000,--, als zweite Rate sind weitere S 200.000,-- vorgesehen und soviel ich gehört habe, wird es noch mehr werden. Ich will keineswegs eine kulturkämpferische Note anschlagen, die Kirche hat sich ja reformiert, das Konzil hat bestimmte fortschrittliche Bestimmungen geschaffen und wir sind bereit, mit der Kirche Gespräche zu führen. Das sagt aber nicht, daß wir eine Organisation - das ist die Kirche - finanzieren sollen aus einem sehr knappen Budget, nachdem diese Institution über sehr viel Geld verfügt. Ich habe einmal hier sehr ausführlich nach einem Bericht des Bischofes Zauner aufgezeigt, wel-

che Einkünfte der Kirche zur Verfügung stehen und will das heute nicht wiederholen. Es hat sich damals jedenfalls erwiesen, daß die Einkünfte der Kirche bedeutend höher als die der Gemeinde waren. Ich habe mich nie dagegen gewehrt und unterstütze jede Subvention von Sportvereinen usw., die sich bemühen, ihr Hobby oder eine für die Allgemeinheit nützliche Tätigkeit durchzuführen. Ich wende mich aber dagegen, daß größere Ausgaben, wie es besagter Fall darstellt, gemacht werden, da die Kirche über genügend Eigenmittel verfügt. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, daß dieser Antrag abzulehnen wäre. Es gibt sicherlich sehr viele Arbeiter, auch Sozialisten, die in die Kirche gehen, aber die Gesamtarbeiterschaft wird dafür wenig Verständnis aufbringen.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-
STELLVERTRETER JOSEF HOCH-
MAYR:

Auch Orgeln werden von Arbeitern erzeugt.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ganz sicher. Ich glaube aber, daß keine große Arbeitslosigkeit eintreten wird, wenn wir in Steyr diese Orgel nicht aus Gemeindemitteln kaufen. Das ist unsere Auffassung und deshalb bringe ich das offen vor. Ich möchte noch auf etwas hinweisen, und zwar auf die Subventionen. Die Gemeinde gibt im allgemeinen anerkennenswerterweise jedes Jahr für die Vereine Subventionen zur Förderung ihrer Tätigkeit. Man hat einen Verein aber bis jetzt zurückgewiesen. Das ist der Verein der Rettungsschwimmer. Ich bin der Meinung, daß dieser Verein im heutigen Stadium der Entwicklung genauso wichtig ist, wie der Bergrettungsdienst. Es soll der Gemeinde auf eine Subvention mehr oder weniger nicht ankommen und ich würde

Sie bitten, diesem Wunsche Rechnung zu tragen.

In der letzten Fürsorgeratsbesprechung, Kollege Baumann das ist Dir bekannt, wurde sowohl von Nichtsozialisten als auch von sozialistischen Vertretern die Frage aufgeworfen, daß die Kohlenaktion, die ebenfalls eine sehr begrüßenswerte Leistung der Gemeinderatsmehrheit darstellt, weil sie sich besonders für die arme Bevölkerung auswirkt, modifiziert werden soll, soweit es die Richtlinien bezüglich der Begrenzung des Bezugsrechtes betrifft. Da die Renten im abgelaufenen Jahr zweimal, ich glaube am 1. Jänner und am 1. Juli, etwas erhöht wurden und sie sollen auf Grund der dynamischen Rente am 1. Jänner 1967 wieder erhöht werden und gerade durch diese Erhöhung, die gegeben wurde um die laufende Teuerung abzugelten, überschreiten manche Bezieher die Richtsätze und werden dadurch der Kohlenaktion nicht mehr teilhaftig. Ich glaube, daß hier der Gemeinderat die Richtsätze einer Überprüfung unterziehen soll und das kleine Mehr, das die Rentner bekommen, nicht als Überschreitung des bisher festgelegten Richtsatzes betrachten sollen, weil diese Erhöhungen wirklich nur gegeben werden, um die in der Vergangenheit eingetretenen Preiserhöhungen abzugelten.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Auch Deine Fraktion hat der Kohlenaktion zugestimmt!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ja, Kollege Baumann, ich sage ja ausdrücklich, daß wir diese Leistungen anerkennen. Kollege Baumann, was würdest Du sagen, wenn der kommunistische Vertreter dort dagegen stimmen würde?

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED

BAUMANN:

Der hat dort nichts zu reden!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Der Ausspruch: "Der hat dort nichts zu reden!", Kollege Baumann, ist präpotent, ist überheblich. Du hast sicher recht, daß er dort keine Anträge stellen kann, aber jeder Fürsorgerat hat das Recht, seine Meinung zu äußern.

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Die kommunistische Fraktion war bei der Besprechung über die Kohlenaktion dabei und hat dort zugestimmt. Er hätte dort sagen können, das paßt uns nicht.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das ist ja gesagt worden!

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Das ist nicht gesagt worden!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Soweit ich informiert bin, wurde dort von zwei Vertretern aufgezeigt, daß die Richtlinien nicht mehr zeitgerecht sind. Dieser Zwischenruf ist jedenfalls keine Art, ist undemokratisch und überheblich. Ich stelle das jedenfalls fest und bin der Meinung, daß sich der Gemeinderat mit der Regulierung der Richtsätze befassen wird müssen. Das wären die kleinen Wünsche, die ich zum Vortrag bringen wollte und ich möchte abschließend sagen, wir geben natürlich, weil das Budget, das wurde auch von den beiden Rednern angeführt, wirklich für das kommende Jahr den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung entspricht, unsere Zustimmung zu beiden Haushalten, sowohl dem ordentlichen wie auch dem außerordentlichen Haushalt.

Ich möchte nur dem Herrn Fi-

nanzreferenten sagen, zu einem so großen Pessimismus ist keine Veranlassung. Ich habe ja aufgezeigt, welche Vermögen in Österreich vorhanden sind. Sie werden mir zur Antwort geben, die kann ich ja nicht erfassen, von diesen habe ich nichts. Ich glaube, daß eine konsequente Opposition von seiten der sozialistischen Partei, die so eine starke Mehrheit hinter sich hat, auch die Regierung zwingen kann, ich sage das klar und deutlich, diese feindliche Arbeiterpolitik, die derzeit gemacht wird, zu ändern, wenn sie alle Mittel der Opposition ins Spiel bringt. Ich bin auch der Auffassung, daß wir auch diesmal wegen des schlechter aussehenden Budgets trotzdem die Zukunft nicht vergessen dürfen. Ich habe in der Vergangenheit hier einmal gesagt, man müsse nicht nur das aufzeigen was unbedingt im nächsten Jahr notwendig ist, sondern auch in den kommenden Jahren. Ich habe auch eine Schwimmhalle erwähnt. Es wurde mit vielen Argumenten dagegen gesprochen, man hätte keine Mittel usw. und ich erinnere mich an den heutigen Landesrat Enge, der immer gesagt hat, die Schwimmhalle in Linz wird ohnehin nicht besucht, er war selbst ein paar Mal drüben. Jedenfalls soll Steyr Vorarbeiten treffen. Wir sehen doch auch bei verschiedenen Arbeiten, die auf längere Zeit geplant sind, Mittel vor zur Grundüberprüfung oder zur Planerstellung usw. Ich glaube, ein Schwimmhallenprojekt ist auch vom ATSV in seiner Generalversammlung, in der meines Wissens Nationalrat Schmidl anwesend war, gefordert worden. Der Kreis der Fordernden erweitert sich. Ich verweise auf gerade in der letzten Zeit wiederholt erschienene Leserbriefe in den OÖ. Nachrichten, von Bewohnern Steyrs geschrieben, die wahrscheinlich in Linz arbeiten und das Hallenbad besuchen und sich darüber freuen, wie sich dort die Jugend

herumtummelt und die Schwimmer trainieren können und verweisen dabei auf Steyr, wo die Schwimmer, die bereits einen beachtlichen Ruf über Österreich hinaus haben, 7 - 8 Monate keine Trainingsmöglichkeit besitzen. St. Pölten, die Stadt, die sich sicherlich nicht leichter wirtschaftet wie Steyr, Krems, das Sie alle kennen usw., haben alle schon Hallenbäder. Öffentliche Bäder, wie wir eines haben, hat heute bald eine etwas bessere Landgemeinde und ein besserer Marktflecken. Schauen Sie Ternberg an, die haben ein für Ihre Verhältnisse sehr schönes Freibad geschaffen.

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Das ist ein Privatbad!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das weiß ich nicht, aber jedenfalls haben sie ein schönes Freibad.

ZWISCHENRUF STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Das gehört der Turn- und Sportunion und nicht der Gemeinde!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Dann ist es halt von einer Organisation geschaffen worden. Jedenfalls hat Ternberg ein Schwimmbad. Aber gerade diese Dinge zeigen ja das Bedürfnis nach einem Bad. Schauen Sie Kremsmünster an und ich habe erst dieser Tage gelesen, daß sich auch die Gemeinde Garsten mit dem Bau eines Freibades beschäftigt. Glücklicherweise haben wir ein solches. Es hat zwar sehr viel Geld gekostet, aber gerade dieses Bad hat ja den Ruf der Steyrer Schwimmer über die Grenzen Österreichs hinausgetragen. Ich glaube, daß wir trotz aller Einschränkung des Budgets doch einmal Schritte unternehmen sollen, daß wir dieses Projekt verwirklichen

können. Ich habe darauf hingewiesen, daß auch die Steyr-Werke gewisse Verpflichtungen hätten, den Sport zu fördern, sie hatten bis jetzt wenig dafür übrig. Ich glaube, das Heizproblem könnte durch eine Fernheizleitung von den Steyr-Werken gelöst werden.

Ich anerkenne, daß auch jetzt im Voranschlag eine Vorwärmanlage für das bestehende Bad vorgesehen ist, die eine Erweiterung des Schwimmens und Trainierens möglich machen wird. Das ist ein sicher anerkennenswerter Fortschritt. Aber man soll trotz der derzeitigen Budgetsituation für die Zukunft planen. Ich möchte abschließend - daß wir dem Budget unsere Zustimmung geben, habe ich schon gesagt - ebenfalls allen Arbeitern, Angestellten und Beamten der Gemeinde für ihre Mitarbeit danken und Ihnen frohe Weihnachten und ein erfolgreiches Neues Jahr wünschen. Dasselbe gilt dem Präsidium und dem gesamten Gemeinderat.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Als nächster Redner hat sich Kollege Watzenböck gemeldet.

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn man als vierter Redner antritt, so kommt man in die angenehme oder unangenehme Lage, daß einem schon einige Punkte vorweg genommen wurden. Ich kann Sie beruhigen, ich werde mich daher sehr kurz halten.

ZWISCHENRUF:

Bravo, bravo!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Meine Vorredner haben weit- ausgreifend über die Bundesregie-

rung bis zum Eysnfeld und Münichholz, Waldrandsiedlung usw. fast alles vorgebracht. Ich möchte trotzdem versuchen, einige Wünsche unserer Fraktion kurz vorzutragen. Wir haben in den letzten Jahren mehrmals der Auffassung Ausdruck gegeben, auf Grund der Ausführungen unseres Finanzreferenten, daß wir es als gar kein so großes Unglück ansehen, wenn wir Rücklagen angreifen müssen. In einer Zeit der ständigen Geldentwertung hebt sich das ungefähr auf. Etwas anderes wäre es, wenn Darlehen aufgenommen werden müssen. Dann sieht das Bild wesentlich anders aus, es sei denn, daß damit Dinge geschaffen werden, die für die Zukunft gelten. Das wurde ja schon angeschnitten. Wir wissen, daß die EWG-Bestrebungen auch zu verschiedenen Überlegungen in der Wirtschaft führen, unter anderem wurde die Wirtschaft gezwungen, bereits jetzt stärker zu investieren, vielleicht liegt auch hier der Grund, daß die Gewerbesteuer rückläufig ist. Vielleicht ist das nur vorübergehend. Es müssen gewisse Opfer gebracht werden, um eben konkurrenzfähig zu sein. Immerhin zeigt das Budget eine schwierige Situation, deshalb möchte ich im Namen unserer Fraktion keine großen Vorhaben und Wünsche vorbringen. Vielleicht möchten wir die Gelegenheit benützen, um einige kleinere Dinge vorzubringen, bzw. Kritik zu üben, wo sie uns notwendig erscheint. Allerdings zwei Vorhaben möchte ich herausheben. Leider sind gerade diese Dinge im außerordentlichen Haushalt. Für die Umfahrung Seifentruhe sind 1 Million Schilling vorgesehen. Hier möchte ich an meinen Vorredner anknüpfen, der über die Gewerbeförderung gesprochen hat. Es ist doch eine Binsenweisheit, daß einer der Hauptgründe, warum diese Stadt Steyr, die eine so hochwertige Arbeiterschaft hat, hinter der Stadt

Wels immer mehr und mehr zurückbleibt. Wir wissen, daß das nicht zuletzt auf die verkehrsbedingten Umstände zurückzuführen ist. Umsomehr müßte alles getan werden, um diese Stadt endlich aus diesem Winkel herauszuheben. Begonnen wurde ja mit der Umfahrung über die neue Brücke und diese Bestrebungen müßten unserer Ansicht nach unbedingt fortgesetzt werden, damit die Stadt für Mittelbetriebe interessant wird, die sich neu etablieren bzw. Teilbetriebe errichten wollen.

Das zweite wäre die Vorwärmanlage im Schwimmbad. Unsere Fraktion hat das Hallenbad bereits mehrmals gefordert. Diese Anlage kommt allerdings dem Anliegen unserer Fraktion entgegen. Die Badesaison wird dadurch wesentlich verlängert werden und das Schwimmen, diese sehr gesunde Tätigkeit, kann entsprechend länger ausgeübt werden.

Ich erwähne diese zwei Vorhaben deshalb, weil ich Bedenken habe, daß diese Dinge vielleicht unter dem Drucke vieler anderer Vorhaben zurückgestellt werden. Ich glaube, wenn verschiedene Projekte vom außerordentlichen Haushalt nicht durchgeführt werden können, sollten gerade diese zwei Projekte unbedingt durchgeführt werden. Ich möchte nun übergehen auf kleinere Dinge.

Kapitel Wohnbau. Hier ist immer wieder festzustellen, daß eine gewisse Abstimmung, das schöne Wort Koordinierung, nicht sehr hoch im Kurs steht. Es passieren immer wieder Dinge, die sich vermeiden ließen und Ärger nach sich ziehen, der nicht unbedingt notwendig wäre. Zum Beispiel wenn ein Neubau zum Bezug fertig wird - es ist ja kaum ein Neubau in Steyr, der nicht verspätet übergeben wurde - und dann noch die Straßen in einem jämmerlichen Zustand sind, Straßen, deren Herstellung bereits Monate vorher, wie hier im

konkreten Fall beim Bau Tabor XV, bereits im August, angeordnet wurde und erst im November können die Parteien endlich einziehen und genau zur selben Zeit wird mit dem Straßenaufreißen begonnen, noch dazu während des ungünstigen Herbstwetters. Die Leute müssen im Dreck umziehen, 20 Familien, an sich eine schwierige Sache ein Umzug, das weiß jeder. Die Fahrzeuge bleiben stecken, ein Kranwagen muß hergeholt werden, ein Wasserrohr wird aufgerissen, Drecklachen stehen herum, das sind keine Zustände. Hier müßte schon die Bauaufsicht entsprechend rechtzeitig einschreiten. Außerdem ist nicht zu verstehen, daß, wie beim besagten Bau Tabor XV, ein Monat nach dem Beziehen noch immer keine Waschmaschine aufgestellt worden ist, obwohl im Mietzins dieser Gegenstand bereits einkalkuliert wurde. Über ein Monat hatten diese Leute keine Möglichkeit, mit einer Waschmaschine zu waschen. Angeblich soll der Vertreter dieser Waschmaschinenfirma mit der Anzahlung durchgegangen sein, entsprechend den großen Vorbildern beim Land und Bund, das wurde mir berichtet und deshalb soll angeblich die Schweizer Firma nicht geliefert haben.

Allgemeines Gelächter!

Unverständliche Zwischenrufe!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Im Zusammenhang mit den Neubauten möchte ich anregen, daß bei den in den letzten Jahren erstellten Bauten der GWG Türschließer angebracht werden sollen, das dürfte keinen allzu großen Betrag verschlingen. Es ist Ihnen ja bekannt, daß die Kinder durchlaufen und daß, wenn Türen offen sind, es in den Häusern zieht.

Es müßte jedoch vorgesehen werden, daß die Türen auch anzuhängen sind, denn beim Hereintragen von schweren Dingen haben die Türschließer gewisse Nachteile.

Zum Kapitel Beleuchtung möchte ich auf den Weg hinter dem Vorwärtsplatz hinweisen, der ein Verbindungsweg zwischen Leitnerberg und Aschacher Straße ist. Er wird stark benützt von Bewohnern des Eysnfeldes, der Wehrgrabengasse und der Fabrikstraße, die im Reithofferwerk oder in den Betrieben in der Neuschönau arbeiten. Soweit ich erfahren habe, sind dort auch schon Überfälle auf alleingehende Frauen passiert. Es ist schon ein sehr gefährlicher Weg, der wenigstens mit einigen Lampen beleuchtet werden sollte.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-
STELLVERTRETER JOSEF HOCH-
MAYR:

Soweit ich informiert bin, wurde das bereits erledigt!

GEMEINDERAT ALFRED WATZEN-
BÖCK:

Vor einigen Tagen habe ich noch mit Leuten gesprochen, die daran interessiert sind und die haben mir erklärt, daß noch nichts gemacht wurde.

Noch einmal zum Kapitel Müllplatz, ich habe im Vorjahr darüber bereits gesprochen. Sie wissen, dort hat man einen schönen Schranken angebracht, dahinter paßt ein Magistratsbediensteter wie ein wütender Zerberus und stürzt sich mit einem Block auf jeden dort erscheinenden Mann, der eine Schachtel mit Abfall in der Hand hat und kassiert seine 3 oder 5 Schillinge. Das hat zu verschiedenen Auseinandersetzungen geführt. Manche Leute sehen das nicht ein, außerdem hat dieser Mann eine Art, die schon zu Schlägereien geführt hat. Abgesehen davon glaube ich, daß sich der Mann lieber mit der Planierung

des dort abgelagerten Mülls und was sonst dort noch an Arbeit anfällt befassen und die Einkassierung lassen soll. Ich habe schon einmal erwähnt, man soll den Leuten, die dort Müll hinbringen, eher etwas geben, als von ihnen etwas verlangen. Soweit ich informiert bin, beträgt der Jahresbetrag, der dort hereinkommt, rund S 20.000,-- und es lohnt sich bestimmt nicht, dafür diesen Mann dort einzusetzen.

Eine Kleinigkeit, die vielleicht zur Förderung des Gewerbes bzw. zur Entlastung von bürokratischem Kram beitragen könnte - vielleicht ist es schon geschehen - sind die Zahlscheine für die Lohnsummensteuer. Man sollte diese Zahlscheine jährlich zusenden, nicht daß jeder Steuerpflichtige auf den Magistrat laufen muß, um sich dort diese Scheine zu holen, zur Einzahlung der monatlichen Lohnsummensteuer. Das könnte man wirklich einheitlich auf dem Postwege erledigen. Sie wissen, daß die Gewerbetreibenden ohnehin mit bürokratischem Kram schon überlastet sind.

Schließlich und ich komme damit zum Abschluß, möchte ich noch einmal das Thema Kriegerdenkmal - es wurde schon kurz angeschnitten - erwähnen. Es ist wirklich höchstes Zeit, daß die Stadt mit ihren 40.000 Einwohnern, die sich in den letzten 20 Jahren wirklich zu einer der ersten Gemeinden entwickelt hat, endlich ein Kriegerdenkmal erhält, wie es in jeder Dorfgemeinde - im Mühlviertel zum Beispiel - schon längst selbstverständlich ist. Endlich Schluß mit den Debatten und dem ewigen Hin und Her, es wurde ja bereits ein vernünftiger Vorschlag gemacht. Ich glaube, daß 21 Jahre nach Kriegsschluß damit begonnen werden könnte.

Das waren verschiedene Hinweise und Kritiken, die wir geben wollten.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Als nächster Debattenredner hat sich Kollege Schachinger zum Wort gemeldet!

STADTRAT EMIL SCHACHINGER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe heute die unangenehme Aufgabe, als letzter der politischen Parteien zum Budget zu sprechen. Die heutige Budgetberatung weist eine außergewöhnliche Situation auf. Nicht nur, daß der außerordentliche Haushalt ein verhältnismäßig großes Defizit aufweist, sondern auch durch die Änderung der Reihenfolge der Sprecher der einzelnen Fraktionen, hat doch der Sprecher der Mehrheitsfraktion, Kollege Prof. Radinger, als erster das Wort ergriffen. Ein gewisser Vorteil vielleicht, weil man dadurch hinter die Kulissen blicken kann.

Nachdem Kollege Radinger die großen Probleme geäußert und gesagt hat, daß die politischen Parteien nun ihre Wünsche vortragen werden, gestatten Sie mir, daß ich gleich beginne und glauben Sie ja nicht, daß, obwohl die Diskussionsredner schon vieles vorgebracht haben, ich nicht noch mit einem großen Korb von Wünschen aufwarten kann und auch - das muß mir gestattet sein - Kritik üben werde, obwohl wir nicht gewohnt sind, hier in diesem Raum Opposition um jeden Preis zu treiben. Vor einigen Jahren hat Kollege Enge geäußert, daß das wesentlichste das Schulproblem wäre. Kollege Radinger hat uns ja aufgezeigt, wieviel Mittel für dieses Problem in den letzten Jahren aufgewendet wurden. Wir finden in unserem Voranschlag auch einen Zubau zur Ennsleitschule. Man hat seinerzeit beim Bau dieser Schule ein sehr großes Areal in Anspruch genommen und man war der Meinung, sollte eine Vergrößerung der Schule notwendig sein, so

würde das durch eine Aufstockung gelingen. Nun hören wir von einem Zubau. Diesem Zubau muß sogar ein Sportplatz weichen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das Kostbarste, was eine Gemeinde besitzt, Grund und Boden ist. Gerade wir in Steyr sind nicht gesegnet damit und wir sehen heute die Schwierigkeiten, welche einer Vergrößerung entgegenstehen. Wir haben vor einigen Jahren in Linz eine Ausstellung besichtigt, in der Architekten ihre Schulprojekte gezeigt haben und es ist verständlich, daß die Architekten versuchen, großzügig zu arbeiten, um auch die Bau-summe höchstmöglich hinaufzusetzen. Wir haben ein Projekt gesehen, bei dem ein Architekt am liebsten für jede Klasse ein eigenes Schulhaus gebaut hätte. Ich denke, wenn wir Häuser bauen, in denen Menschen Jahrzehnte vier oder fünf Stiegen hinaufgehen müssen, kann man vielleicht auch den Schülern zumuten, daß sie eventuell zwei oder drei Stiegen hinaufgehen müssen, die ja nach der heutigen Bauweise sehr modern gestaltet sind und nicht mehr so steil wie in den alten Bauten errichtet werden. Es wäre daher eine Aufgabe, in der Zukunft bei der Planung solcher Anlagen darauf Rücksicht zu nehmen, nicht zuviel Platz zu verschwenden, denn uns steht dieser Platz nicht zur Verfügung. Sind Sie mir nicht böse, wenn ich bei dieser Gelegenheit - ich komme mir hier schon vor wie der alte Cato - wieder kurz auf das Berufsschulzentrum und neuerdings auch auf den Neubau des Realgymnasiums hinweise. Die Stadtgemeinde Steyr war heuer sehr großzügig und hat für den Neubau dieser beiden Schulen schöne Gründe zur Verfügung gestellt. Wir wissen, daß es natürlich nicht unsere Aufgabe ist und wir das auch nicht beeinflussen können, das ist Sache des Landes und des Bundes, daß diese Schulen ehest gebaut werden. Ich bitte

aber den Herrn Bürgermeister eindringlichst - ich habe das an dieser Stelle schon etliche Male gemacht - beim Land und beim Bund ständig vorstellig zu werden, damit diese Vorhaben nicht immer nach hinten gereiht, sondern, da sie für Steyr so wichtig sind, durchgeführt werden. Prof. Radinger hat auch erwähnt, daß der Altersheimzubau nun endlich seiner Vollendung entgegengeht. Meine Damen und Herren, es war Herbst 1962, bitte nicht zu überhören, es war 1962, als mit dem Zubau zum Altersheim begonnen wurde. Es hat geheißen, na letzten Endes ist es nur ein Zubau und der wird höchstens eine Bauzeit von 1 - 2 Jahren verschlingen. So wurden wir von einem auf das andere Jahr vertröstet und heute können wir hoffen, daß vielleicht im Jahre 1967, also nach fünfjähriger Bauzeit, dieser Zubau fertiggestellt wird. Ich weiß nicht, wurde es deswegen gemacht, um ein fünfjähriges Jubiläum feiern zu können oder soll die Vollendung dieses Heimes vielleicht irgendwie mit dem Jahre 1967 in Verbindung gebracht werden. Das will und kann ich nicht beurteilen. Ich möchte aber nur im Vergleich dazu bringen, wie schnell man woanders baut. Ich weise auf Bad Dorfgastein hin, ich habe die Zahlen der Gemeindezeitung entnommen, wo man in einer Bauzeit von 16 Monaten nicht nur ein altes Gebäude niedergerissen, sondern auch ein neues Kurheim mit allen möglichen Einrichtungen errichtet hat. Das in einem Kurort, in welchem doch bekanntlich während der Saison Außenbauten gänzlich verboten sind. Warum unser Bau fünf Jahre gedauert hat, wenn er auch für 88 Betten bestimmt ist, ist mir nicht erklärlich.

Nun komme ich zu einem Punktmeine Damen und Herren, den ich bereits schon oft besprochen habe, der sozusagen mein Steckenpferd ist, dem Fremdenverkehr. Sie wissen, daß wir

uns bereits im Vorjahr im Verein mit zwei Nachbargemeinden für die Gründung eines Fremdenverkehrsverbandes interessiert haben und wir uns heuer im Sommer bereit erklärt haben, dem Land zu sagen, daß wir uns zur Fremdenverkehrsstadt erheben wollen. Nun ist es eigentlich wieder furchtbar still geworden. Ich weiß auch nicht recht warum der Fremdenverkehrsverband nicht zustande gekommen ist und daß auf einmal die beiden Gemeinden ausgesprungen sind, war doch dieses Projekt so vielversprechend. Wir haben uns bei der Kammer erkundigt, es ist auch dort nichts mehr zu hören. Der Weg von Linz nach Steyr wäre doch sicher nicht so weit, aber man kann nicht erfahren, will man oder will man nicht. Ich will an das Beispiel, das ich vor einigen Jahren hier angeführt habe, anknüpfen und sagen, es war ein Trugschluß, der Märchenprinz ist nicht gekommen, Dornröschen hat nur verlegen gegähnt und ist wieder in seinen 100-jährigen Schlaf versunken. Wir traurig aber unser Fremdenverkehr dasteht, möchte ich Ihnen an Hand einiger Zahlen zeigen. Wir haben aus der Statistik erfahren, daß die Zahl der Fremden und auch der Übernachtungen von Jahr zu Jahr zurückgeht. Im Jahre 1965 waren es noch 24.009 Fremde, bis Ende Oktober 1966 20.539, sodaß wir heuer mit einem Verlust von ca. 2.000 bis 3.000 Fremden rechnen müssen. Auch die Übernachtungsziffern sind in Steyr sehr gering, 1965 42.592, bis Ende Oktober 1966 39.000. Bis jetzt ein Verlust an Fremden von 14 %. An Übernachtungen von 8 %.

Kollege Hochmayr hat ja schon jene gewissen Anstalten gestreift. Ich bin eigentlich, wenn ich das Budget durchblättere, überrascht, daß für diese bescheidenen Anstalten ein Betrag von S 66.500,-- ausgeworfen wird. Ich kann mir nicht recht vor-

stellen, wo dieser Betrag investiert und verbaut wird.

Kriegerdenkmal wurde auch bereits angeführt. Wir haben uns bereits mehr oder weniger auf einen gemeinsamen Plan geeinigt. Ich möchte aber doch erinnern, daß im Zusammenhang mit diesem Kriegerdenkmal, das wir errichten wollen, eine neue Frage auftaucht, und zwar war es durch den Neubau der Pfarrkirche in Münchenholz notwendig, das dort befindliche Kriegerdenkmal zu entfernen. Nun soll dieses Kriegerdenkmal wieder errichtet werden. Manche stehen auf dem Standpunkt, daß es in seiner ganzen Architektur nicht mehr der heutigen Zeit entspricht, es müßte etwas Neues gebaut werden. Meine Damen und Herren, Münchenholz gehört doch auch zu Steyr. Kann man sich denn nicht entschließen, auf dem schönen und erweiterten Kriegerdenkmal, das wir in Steyr gestalten werden, auch die Gefallenen von Münchenholz zu verewigen? Ich glaube, daß dieser Lokalpatriotismus nicht recht angebracht ist und es auch für die Münchenholzer eine besondere Würdigung und Ehre ist, auf dem großen und würdigen Kriegerdenkmal der Stadt Steyr verewigt zu sein. Wir haben hier im Budget auch eine Restrate für den Bau des Kindergartens Wehrgraben. Ich möchte hier feststellen, daß seinerzeit ein einhelliger Beschluß des Gemeinderates, in diesem Gebiet einen Kindergarten zu errichten, gefaßt wurde. Es hat sich natürlich auch dieser Bau sehr hinausgezogen. Wir konnten vor ca. einem Vierteljahr einer Tageszeitung entnehmen, daß eine feierliche Eröffnung eines Kinderheimes in diesem von der Gemeinde erbauten Gebäude, für eine der sozialistischen Mehrheit nahestehenden Organisation stattfand. Eine Veranstaltung, die sich nicht nur auf die Abendstunden, sondern auch auf den nächsten Tag erstreckte. Wir waren über diese

Mitteilung aus dieser Zeitung, der wir entnehmen konnten, daß auch Spitzen unserer Stadtverwaltung anwesend waren, sehr überrascht und wußten nicht, wurde dort ein Kinderheim gebaut, wo auch ein Kindergarten Unterschlupf gefunden hat oder ist es umgekehrt. Ich bin erst heute durch die Post die hat uns ja die Einladung für die Eröffnung des Kindergartens gebracht - daraufgekommen, daß es doch nicht so ist. Es freut uns, daß der Gemeinderat am 22. 12. 1966 erstmals Gelegenheit hat, diesen aus Gemeindemitteln errichteten Kindergarten zu besichtigen und vielleicht auch Einblick in jene Räumlichkeiten bekommt, die nicht vorgesehen waren.

Ein weiteres Kapitel ist die Errichtung des Sportheimes auf der Ennsleite. Im außerordentlichen Budget ist hier ein Betrag von S 100.000,- vorgesehen und wir haben erfahren, daß für den Sportklub "Bewegung", der wie ich bereits ausgeführt habe, dem Zubau zur Ennsleitenschule weichen mußte, ein Ersatz geschaffen werden muß. Ich glaube, es ist notwendig, über diesen Punkt zu sprechen. Daß Ersatz geschaffen werden muß, wenn jemand wandern muß, ist selbstverständlich, aber vollkommen unverständlich ist, daß man nicht nur einen Sportplatz, sondern auch ein Sportheim errichtet, das mit Kegelbahnen und ähnlichen Einrichtungen versehen werden soll und das nur einem Verein zur Verfügung steht. Wir haben diese Einrichtungen bereits auf der Rennbahn, im Sportheim Münchenholz und nun soll eine solche auch auf der Ennsleite entstehen. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, man soll keinen Unterschied zwischen den Vereinen machen und hier eine kleine Gruppe von Bevorzugten schaffen, die ja auch eine Subvention bekommen wie die anderen Vereine, denen aber zusätzlich fertige, komplette Sportstätten zur Verfügung stehen, für die dann

noch die Gemeinde ständig die Erhaltungskosten übernimmt. Es gibt eine Reihe von Vereinen in dieser Stadt, die durch ihren manuellen Einsatz imstande waren, Sportstätten zu schaffen. Sportheime, die der Gemeinde gehören und von der Gemeinde gebaut werden, sollen allen zugänglich sein. Es soll nicht nur den Vereinen einer Richtung Unterschlupf gegeben werden, sondern auch anderen. Hier vielleicht noch ein kleiner Hinweis. Wir haben heuer einmal in Erfahrung gebracht, daß die Ausrüstung eines Sportplatzes vollkommen erneuert werden mußte, weil man es verabsäumt hat, durch genaue Beobachtung, sei es seitens des Platzwartes oder seitens der Mitglieder, den langsamen Verfall dieser Ausrüstung zu melden. Ich denke mir, wenn schon die Gemeinde so großzügig ist, Vereinen neue Sportstätten zur Verfügung zu stellen, so sollen die Vereine wenigstens zur Bestreitung der kleineren Ausgaben beitragen. Mit Farbe und Lack, mit Nagel und Holz, kann man selbst kleinere Reparaturen durchführen. Ich denke, daß sich die Sportler freuen werden, wenn sie das Sportheim, das ihnen die Gemeinde großzügigerweise zur Verfügung gestellt hat, auch durch eigene Mithilfe erhalten können. Ich komme jetzt zu einem Punkt, der bereits vom Kollegen Moser und Kollegen Watzenböck angeführt wurde, und zwar dem Hallenbad. Meine Damen und Herren, wir wissen, daß Steyr eine sportfreundige Stadt ist. Wenn man die Sportgeschichte vom Mittelalter bis jetzt verfolgt, muß man feststellen, daß diese Stadt immer sehr sportfreudig war. Das Thema Hallenbad taucht in gewissen Zeitabständen immer wieder auf. Es werden Finanzierungsvorschläge gemacht, es wird darüber gesprochen, welche technische Möglichkeiten bestehen, durch die Steyr-Werke, durch das Kraftwerk in Garsten, usw. Mei-

ne Damen und Herren, der Grund warum ich über dieses Projekt spreche ist ein Bericht des Stadtschulrates, der sich mit der geradezu katastrophalen Situation unserer heranwachsenden Jugend auf dem Schwimmsektor befaßt. Man soll es nicht für möglich halten, in einer Stadt, die an zwei Flüssen liegt, die bereits seit vielen Jahrzehnten über ein ausgezeichnetes Bad verfügt - ich denke dabei an das heutige Werksbad der Steyr-Werke, das seinerzeit von der Waffenfabrikgesellschaft errichtet wurde. Dort hat Werndl bereits Spiele mit der Jugend gemacht, indem er ihnen Geld in das Bassin geworfen hat, das sie wieder herausfischen mußten. Die Entwicklung hat sich nach dem 1. Weltkrieg fortgesetzt, als sich in Steyr, der Stadt zwischen den Flüssen, verschiedene Wassersportvereine gegründet haben. Jetzt nach dem 2. Weltkrieg hat Steyr einen besonderen Aufschwung genommen. Ich denke hier an den Verein "Forelle" und an den ATSV. Vereine, die das sportliche Ansehen dieser Stadt weitgehendst gehoben haben. Betrachten wir nur unseren Weltmeister Preßlmayr, der schon einer der letzten Großen ist, der den internationalen Sport vertritt und sich in die Reihen der Besten geschoben hat. Die schlechte Bilanz, die der Stadtschulrat gezogen hat, nämlich, daß so viele Kinder des Schwimmens nicht kundig sind und die Bedürfnisse des Schwimmklubs, der - das muß ich hier offen eingestehen - sich bereits ganz ausgezeichnet entwickelt hat, aber nie zur Spitze aufschließen kann, weil er, durch die kurze Zeit, in der er das Stadtbad benutzen kann, nicht die richtigen Trainingsmöglichkeiten findet und um unseren Wassersportlern die Möglichkeit zu geben, hier länger trainieren zu können, damit sie nicht immer den weiten Weg nach Linz fahren müssen, veranlassen mich, den Herrn Finanzreferenten zu bitten, Mittel und Wege

zu finden, um das Hallenbad für diese Stadt, die über so viele Sportanlagen verfügt, zu ermöglichen.

Von den schlechten Verkehrsverhältnissen wurde bereits gesprochen und wir finden im außerordentlichen Budget die Seifentruhenumfahrung im ersten Rang, denn es wurde nicht nur für die Planung, sondern bereits für die 1. Baurate ein Betrag von S 1 Million vorgesehen. Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist nicht so wichtig, das Projekt Seifentruhe in erster Linie zu forcieren, sondern das wäre die Hundsgabenumfahrung. Wir haben es erlebt, als der Pfarrberg reguliert wurde, in welcher schwierige Verkehrssituation wir gekommen sind. Wir haben bereits viele Vorbereitungen getroffen, wir haben Liegenschaften angekauft, damit es möglich ist, die Brücke zu verlegen. Die Hundsgabenumfahrung steht meiner Ansicht nach in größter Beziehung mit dem Neubau des Realgymnasiums, es handelt sich dabei um die Brücke, die zum Werndlpark führt. Wir sehen daher, daß das Hundsgabenprojekt das Projekt Nr. 1 ist und erst in 2. Linie die Seifentruhenumfahrung kommt.

Ein alter Bekannter, schon grau meliert, aber doch noch sehr begehrt, scheint immer wieder im Budget auf. Im außerordentlichen Haushalt in vergangenen Jahren sehr bescheiden geführt mit S 100.000, --, im Vorjahr schon mit einer Million und wir waren froh, daß dieses Projekt des Taboraufzuges nicht nur, wie ich Ihnen seinerzeit gesagt habe, ein Knopf im Taschentuch bleiben soll, sondern daß es realisiert wird. Ich weiß nicht, warum man das jetzt wieder zurückstellt, vielleicht ist Kollege Huemer schuld, daß er im Taboraufzug eine Konkurrenz für die Verkehrsbetriebe fürchtet. Wir wissen ja, es wurde da hinauf eine neue Linie eingeführt und ich vermute fast, daß er hier eine finan-

zielle Einbuße erwartet hat. Nun, Kollege Huemer, bei den vielen Zubauten am Tabor spielt das wirklich keine große Rolle. Ich hoffe, daß im heurigen Jahr endlich diese Million tatsächlich verbraucht und nicht für das nächste Jahr wieder zurückgestellt wird.

Die Sportler sprechen auch immer von einer Stadthalle, hier sind es besonders die Boxer usw. Ich glaube, eine Stadthalle zu errichten, ist zukostspielig. Wir sehen, daß ein Betrag von 1,5 Millionen Schilling für den Garagenneubau verwendet werden soll. Die Garagen für die Städtischen Unternehmungen sollen bei der Kopfstation der Autobuslinien in Mühlichholz errichtet werden. Anstelle der derzeit bestehenden Garagen wird es möglich sein, eine Sporthalle zu errichten. Ich glaube, daß wir dadurch den Wünschen vieler Sporttreibenden dieser Stadt entgegenkommen werden. Man hört nämlich immer wieder aus Volksmunde, im Steyrer Gemeinderat sitzen so viele Leute, die für den Sport kein Interesse haben. Diese Leute wollen wir Lügen strafen.

Nun einige Kleinigkeiten. Wir haben heuer einem der verdienstvollsten Bürgermeister dieser Stadt eine posthume Ehrung bereitet, in dem wir dem bereits im Volksmunde bezeichneten "Gschaiderberg" offiziell diesen Namen gegeben haben. Die Gemeinde hat auch zur Restaurierung der Fassaden zweier Häuser Mittel zugesprochen. Ich möchte aber neuerlich betonen, daß die Gehsteige noch in einem miserablen Zustand sich befinden. Ich habe mir vor Jahren erlaubt, auf die Verhältnisse im Wehrgraben, besser gesagt in Steyrdorf, hinzuweisen. Der Herr Vizebürgermeister hat mir versichert, daß er sich sämtliche Projekte aufgeschrieben hat und er soweit wie möglich meinen Wünschen nachkommen wird. Es ist bedauerlich, daß eine so klei-

ne Straße, die nur einen Meter breit ist, bis heute noch nicht repariert wurde. Ein besonderer Wunsch ist es seit Jahren, den Dachsbergweg wieder als wunderbaren Promenadeweg für die Stadt in Ordnung zu bringen. Zu diesem Projekt wurde erklärt, daß es notwendig wäre, mit den Anrainern zu verhandeln, um Gründe zu erhalten, damit der Weg erweitert werden kann. Schauen Sie, meine Damen und Herren, es wäre hier gar nicht notwendig gewesen, große Mittel aufzuwenden, wäre man im Vorhinein bemüht gewesen, das bereits Vorhandene zu erhalten, so würde uns in der Zukunft sehr viel Geld erspart bleiben. Der Verschönerungsverein, der sich in dieser Stadt schon sehr große Verdienste erworben hat, feiert im kommenden Jahr seinen 100-jährigen Bestand. Es wäre ein wunderbares Geschenk gerade für diesen Verein, wenn wir uns des Dachsbergweges erinnern und ihn wieder in Ordnung bringen würden.

Über die Ennskaipromenade habe ich auch in diesen Reihen schon mehrmals gesprochen. Ich denke hier an den Ennskai von der Neutorbrücke bis zur Ennstalbrücke. Überschwemmungen haben dort einen sehr holprigen Boden geschaffen, es wachsen üppige Sträucher und es wäre keine große Aufgabe, diesen Weg endlich passierbar zu machen. Erfüllen wir doch diesen Leuten den Wunsch, es ist unverständlich, warum das bis heute nicht geschehen ist, da es mit keinen besonderen Kosten verbunden ist.

Vom Wieserfeld habe ich auch voriges Jahr schon gesprochen. Die Entwicklung ist dort so, daß die Verhältnisse immer trostloser werden. Ich habe seinerzeit darauf verwiesen, daß die Gemeinde schon viele Plätze und Gärten erworben hat und daß man scheinbar nur darauf wartet, bis die restlichen Inhaber der Gärten gestorben oder gezwungen sind, aus finan-

ziellen Gründen ihre Grundstücke zu verkaufen. Ich glaube aber doch, daß es der Stadt nicht würdig ist, solange zu warten und diesen Platz völlig verfallen zu lassen. Gehen wir doch endlich daran, diese Stücke, die sich im Besitze der Stadtgemeinde Steyr befinden, in Ordnung zu halten, eventuell auch einige Parkplätze zu schaffen usw. Eines - bitte ich will nicht immer kritisieren - das muß ich dem Herrn Vizebürgermeister zugute halten, er hat doch im Wehrgraben versucht, einen besseren Zustand herbeizuführen. Es ist bereits das eingestürzte Ufer repariert und wie wir durch den letzten Beschluß erfahren haben, wird auch etwas für das Steyrdorf geschehen, wir bekommen bekanntlich eine Beleuchtung, auf die ja in so vielen Sitzungen schon hingewiesen wurde.

Kollege Moser hat eingangs seiner Rede erwähnt, daß die schlechte finanzielle Lage der Gemeinde die Schuld der Alleinregierung der ÖVP ist. Gestehen wir uns doch offen ein, das Absinken unseres Budgets ist ja nicht von heute. Das bemerken wir doch schon einige Jahre. Es war immer der Herr Finanzreferent, der uns daran erinnert hat, daß wir das Budget nicht überfordern sollen, weil es absinkt. Ich erinnere nur an England, lieber Kollege Moser, dort ist auch eine Alleinregierung, aber eine konträre und die schwierigen Maßnahmen, die der arme Wilson durchführen muß, sind wir froh, daß er nicht unser Bundeskanzler ist.

Meine Damen und Herren, das Budget im ordentlichen Haushalt ist ausgeglichen, es liegt etwas höher wie im vergangenen Jahr. Der außerordentliche Haushalt, mit seinem Defizit von S 28 Millionen, mag momentan erschreckend sein. Erschreckend insofern, weil es nur mehr möglich war, aus dem ordentlichen Haushalt lumpige S 700.000,-- dem

außerordentlichen Haushalt zuzuführen und wir heute gezwungen sind, unsere Rücklagen langsam aufzubrauchen. Ich bin aber trotzdem, Herr Finanzreferent, nicht so pessimistisch. Es hat auch die Abrechnung für das vergangene Jahr gezeigt, daß die Einnahmen doch immer etwas größer werden, wir haben ja gesehen, daß wir das Budget um den Betrag von S 12 Millionen erhöhen konnten. Ich bin überzeugt, daß es uns auch im kommenden Jahr gelingen und uns der Finanzausgleich doch gewisse Vorteile bringen wird. Hier möchte ich auch zurückkommen auf einige Worte, die ich im vorigen Jahr gesprochen habe und zwar auf das Angebot, das uns der Herr Landeshauptmann Gleißner anlässlich der Überreichung seiner Ehrenbürgerurkunde gemacht hat, auch einmal als Bittsteller zu ihm zu kommen. Ich bin überzeugt, meine Damen und Herren, daß wir in einem Jahr, wenn wir hier wieder beisammen sitzen - vielleicht nicht mehr in dieser Zusammensetzung - einen Rechnungsabschluß, der vollkommen ausgeglichen sein wird, beschließen werden. Es ist ein Fehler, Herr Finanzreferent, Sie haben es angeführt, daß sich die Stadt Steyr seit dem Jahre 1945 wieder nur auf einen Großbetrieb konzentriert hat. Wir haben das bereits schon mehrere Male hier erwähnt. Es ist ein großer Fehler, daß man nie versucht hat, eine größere Anzahl von Mittelbetrieben nach Steyr zu bringen, wie es z. B. Wels und Vöcklabruck gemacht haben. Ich habe heute in der Zeitung gelesen, daß die Stadt Vöcklabruck ein Budget von S 86 Millionen aufweist. Das sind Fehler, die wir schwer aufholen können. Vielleicht wird es uns aber in der Zukunft doch möglich sein, den einen oder anderen Betrieb zu finden, damit unsere Stadt krisenfest bleibt. Recht rosig und aussichtsreich sind die Hoffnungen für das Jahr 1967

nicht, das wissen wir, das fühlen wir und das bedauern wir. Es wird daher notwendig sein, daß wir mehr denn je für eine gute Zusammenarbeit in diesem Hause eintreten. Nächstes Jahr finden doch bekanntlich die Landtags- und Gemeinderatswahlen statt. Ein Jahr, das wahrscheinlich schon ab Beginn im Zeichen der Wahlkämpfe stehen wird. Ich möchte heute wieder die Gelegenheit benützen, um an alle politischen Parteien zu appellieren, ihren Wahlkampf in einer erträglichen Form durchzuführen, sodaß eine weitere Zusammenarbeit auch in Hinkunft in dieser Stadt möglich sein wird. Wir dürfen nicht vergessen und ich wende mich hier im besonderen an Kollegen Moser, daß ein wesentlicher Unterschied ist zwischen der Arbeit der Regierung beim Bund und der Gemeinde. In der Gemeinde ist mehr oder weniger schon durch das Statut eine Zusammenarbeit gegeben, denn die Regierung der Gemeinde setzt sich nach dem Proporz zusammen, während das auf Bundesebene jedoch ganz anders liegt. Außerdem dürfen Sie nicht vergessen, daß die Aufgaben, die einer Gemeinde gestellt werden, wesentlich anders sind, daß die Mittel, die wir zur Verfügung gestellt bekommen, durch uns nicht beeinflussbar sind und daß wir auf keinen Fall hier Opposition um jeden Preis betreiben sollen und betreiben können.

Ich möchte Ihnen für die gute Zusammenarbeit recht herzlich danken, die wir in diesem Jahr gehabt haben. Ich danke wie jedes Jahr aber auch der ganzen Bevölkerung für das große Verständnis, das sie der Arbeit der Gemeindeverwaltung entgegengebracht hat, bedenken Sie, daß wir doch der Bevölkerung von Steyr durch die Tariferhöhung bei den Städtischen Verkehrsbetrieben und auch durch die Erhöhung der Wassergebühren keine besonders große Freude be-

reitet haben. Ich danke aber auch allen Beamten, Angestellten und Arbeitern dieses Hauses, die uns ihren Geist, ihre wertvollen Kräfte, zur Verfügung gestellt haben und dadurch diese Stadt weitergekommen ist.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, allen ein recht frohes Weihnachtsfest zu wünschen, Ihnen Herr Bürgermeister, den beiden Herren Vizebürgermeistern, allen Damen und Herren des Gemeinderates und ein Prosit Neujahr.

Dem Voranschlag geben wir natürlich unsere Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Nächster Diskussionsredner ist Kollege Gherbetz!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Es haben schon verschiedene Vorredner davon gesprochen, daß wir im Budget 1967 einen Abgang haben, auch unsere Fraktion hat das zur Kenntnis genommen, aber wir sind der Meinung - mein Vorredner Kollege Watzenböck hat das auch schon gesagt - daß man nichts überstürzen soll, denn wir wissen, daß bei gewisser Sparsamkeit und wenn wir die Mittel nur bei dringenden Fällen einsetzen, es doch wieder gelingen wird, einen halbwegs ausgeglichenen Haushalt zustande zu bringen. Wir sehen darin auch, daß sich der Finanzreferent redlich bemüht hat, uns wieder einen Vorschlag zu bringen, der akzeptabel ist. Ich will daher nicht die großen Probleme erörtern, sondern will ebenfalls, so wie viele Vorredner, die kleinen Dinge vorbringen, denn, wie von einem Kollegen, der nicht mehr in unseren Reihen sitzt gesagt wurde, sind es die kleinen Wehwehchen, die die Bewohner bemerken

und mit denen sie an uns Mandatare herantreten.

Ich darf vielleicht gleich beginnen. In der Sepp-Stöger-Straße befindet sich die Krankenkasse. In der Nähe ist ein Kinderspielplatz, der alles andere ist nur kein Spielplatz. Ich glaube, dort im Schloßpark dürfte es mit bescheidensten Mitteln möglich sein, einen Spielplatz für die Kinder der Promenade und des Stadtplatzes zu errichten. Vor allen Dingen ist dieser Platz wichtig, weil Eltern, die in der Krankenkasse zu tun haben, dort für kurze Zeit ihre Kinder lassen können.

In der Gruppe Schulwesen haben wir bei den Kindergärten für Planung wieder eine Post von S 100.000, --. Ich habe schon einmal in diesem Haus erwähnt, ob es vielleicht nicht doch möglich wäre - hier appelliere ich an den Herrn Bürgermeister, der doch gute Beziehungen zum Werk hat - daß sich die Steyr-Werke einmal bemühen, gerade auf der Ennsleite, wo ein Großteil der Arbeiter der Steyr-Werke wohnt, für die Kinder der Arbeiter einen Kindergarten zu bauen. Ich denke hier an Kapfenberg, wo die Böhlerwerke dieses Problem übernommen und damit ihrer Gemeinde unter die Arme gegriffen haben.

Ein kleines Anliegen, das der Gemeinde überhaupt kein Geld kostet und mit dem ich mit dem Herrn Kulturreferenten schon immer einer Meinung war, ich glaube, er weiß schon was ich meine, ist die Mozartstraße.

ZWISCHENRUF STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Ist schon weg! Das habe ich ganz alleine gemacht!

Allgemeines Gelächter!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Danke. Ich habe es heute vorgehabe, bin aber nicht mehr dazuge-

kommen. Ich wollte ihm die Tafel überreichen.

Nun eine weitere Anregung, die man auch aufgreifen soll, es betrifft die Tagesheimstätte. Die finanziellen Sorgen der alten Menschen sind vielleicht nicht mehr so vorhanden wie sie einmal früher waren, aber was sie heute mehr denn je bedrückt, das ist die Vereinsamung. Vielleicht wäre es irgendwie möglich, im Hotel Nagl Räume zu etablieren, wo einige Zeitungen aufliegen usw., damit dort alte Menschen zusammenkommen können. Ich glaube, daß man mit bescheidenen Mitteln für diese Leute eine Tagesheimstätte schaffen könnte.

Den Parkplatz Wieserfeldplatz hat mir Kollege Schachinger vorweggenommen. Gerade mir als Verkehrsreferenten liegt dieser Antrag ganz besonders am Herzen.

Nun zur Umfahrung Seifentruhe. Kollege Schachinger hat erklärt, sie wäre nicht so notwendig, viel notwendiger wäre die Hundsgrabenumfahrung. Ich bin hier mit Kollegen Schachinger nicht einer Meinung.

Unverständliche Zwischenrufe!

Ich glaube, es sitzen hier Männer der Wirtschaft, die auch im Verkehrsbeirat sind. Ich darf erwähnen, daß sämtlicher Schwerverkehr, der aus Wolfersn kommt, keine Möglichkeit hat, in den neuen Knoten einzubiegen, er muß hinunter auf den Wieserfeldplatz, der schwer verparkt ist, auf dem sich außerdem eine öffentliche Brückenwaage befindet, wo der Durchzugsverkehr durchfließt und wo an zwei Tagen der Woche Markt ist, dort muß der Schwerverkehr umkehren, über den Schnallenberg wieder hinauf und hat erst dann die Möglichkeit, sich in den Kreisverkehr einzufädeln. Hier waren es besonders die Ziegelwerke, die erklärt haben, daß

das auf die Dauer nicht möglich ist. Ich glaube, die Seifentruhe läßt sich zumindest bis zum Anschluß mit geringeren Mitteln durchführen als die Hundsgrabenumfahrung. Ich vermisse in diesem Voranschlag ein Projekt und zwar die Hochwasserumfahrung Fischhub.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Im ordentlichen Haushalt vorgesehen.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Ich lasse mich gerne belehren!

Nun, meine Damen und Herren, zum Altersheim. Kollege Schachinger hat gesagt, dieser Zubau dauert schon ziemlich lange. Ich habe mir die Mühe gemacht, habe mir die Zimmer angesehen und habe mit den Leuten da oben gesprochen, die mir erklärt haben, wenn etwas mehr geplant würde, könnten wir schon viel weiter sein. Darf ich hier nur ein Beispiel anführen. Es wurden Zimmer eingerichtet, die vorerst ausgemalt wurden, nachher sagte man, die Malerei ist nichts, hier muß für die Krankenzimmer eine Dispersionsfarbe kommen. Dann war die Dispersionsfarbe nichts, man mußte verkacheln. Drei Arbeitsgänge, die vielleicht nicht notwendig gewesen wären, wenn man eine gute Bauaufsicht und Planung hätte.

Zum Fußgängerübergang Blümelhuberberg. Die Lampen hängen zwar seit einigen Tagen, leuchten tun sie nicht, es wird wahrscheinlich am Anschluß liegen. Auch hier hat es, trotzdem der Antrag beim vergangenen Budget gestellt wurde, das Projekt von der Presse urgiert und in zwei Verkehrsbeiratssitzungen beschlossen wurde, ein Jahr gedauert, bis diese Ampeln aufgestellt wurden. Wir haben Glück gehabt, daß die Polizei vom Wachzimmer Rooseveltstraße uns so

weit entgegengekommen ist und zu den Stoßzeiten immer einen Beamten bereitstellt, der den Verkehr so regelt, daß die Kinder die Straße überqueren können. Ich glaube, daß man, da ja der Fußgängerverkehr immer größer wird, die Anlage ehest in Betrieb nehmen soll. Weil ich gerade bei der Beleuchtung bin, möchte ich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wieder die Schwarzmayerstraße erwähnen. Die Schwarzmayerstraße ist die Durchzugsstraße zur Ennsleite und vielleicht heute die meist frequentierteste Straße für Schwerfuhrwerke. Sämtlicher Sand- und Schottertransport sowie sämtliches Baumaterial gehen über diese Straße. Ich habe mir das heute noch einmal angesehen, vier kleine Lämpchen beleuchten diese Straße, sie hat keinen Gehsteig, die Kinder sind gezwungen, auf der Fahrbahn zu gehen. Im Winter ist es um 16 Uhr dunkel und ich glaube, daß das mit bescheidenen Mitteln zu ändern wäre, man braucht doch nicht mehr als diese Lampen, die wie Glühwürmchen sind, auszuwechseln und größere Leuchtkörper zu montieren. Mir ist vollkommen klar, daß man kein großes Projekt durchführen will, da ja die Umfahrung gemacht wird.

Zum Beleuchtungsprogramm Sierninger Straße - Gleinker Gasse - Schnallenberg - möchte ich auch etwas sagen. Ich habe es bereits im Stadtsenat erwähnt. Es freut uns, wenn es in unserer Stadt immer heller und lichter wird. Aber wenn man jetzt im Dezember Aufträge an Firmen vergibt, sie sollen Überspannungen von Lichtleitungen machen, so glaube ich, wird keine Firma Freude haben und wenn ich Unternehmer wäre, so wäre es mir sehr unangenehm, wenn meine Arbeiter bei Eis und Kälte, wie dies jetzt der Fall ist - es sind zwar keine Grabarbeiten, sondern nur Stemmarbeiten durchzuführen

ren - auf die Leiter hinaufsteigen müßten und mit Flaschenzügen die Überspannungen durchführen müssen, noch dazu wo bestimmt wurde, daß es während der Nacht zu geschehen habe. Es liegt auch hier an der Planung, solche Arbeiten im Frühjahr zu vergeben. Die Firmen wären froh, wenn sie zu diesem Zeitpunkt die Arbeiten bekommen könnten. Außerdem war das Vorhaben im Beleuchtungsprogramm 1966 vorgesehen.

Es wurde eine Pressekonferenz abgehalten, in der es geheißen hat, am 1. November wird das Fernheizwerk in Betrieb genommen. Ich bin kein Optimist und habe mir gesagt, wenn es am 1. Jänner 1967 der Fall ist, freue ich mich. Ich glaube, es ist auch zu diesem Termin nicht möglich. Ich habe mir die Mühe genommen und mir das Fernheizwerk angesehen. In diesem Werk wurden Millionen investiert und der Raum, in dem diese Geräte und Maschinen installiert sind, ist lediglich mit Dachpappe provisorisch zugemagelt. Da kann jeder dazu. Das interessante ist, daß erst jetzt das Wasser zugeleitet wird. Ich frage, hat man überhaupt schon einen Kesselwärter? Wenn ja, wo will man den unterbringen? Ich habe gehört, daß bereits jemand verpflichtet wurde und man hat mir aber auch gesagt, daß dieser Mann 700 m weit weg wohnt, man müßte ein Kabel ziehen und diese Leitung kostet zwischen 20.000 und 30.000 Schilling. Wenn etwas passiert, so klingelt es bei diesem Mann, dann muß er erst aufstehen und hinfahren. Mir ist vollkommen klar, so ein Kesselhaus kann noch so vollautomatisch arbeiten, aber der Weg, den dieser Mann gehen muß, ist zu lang, und in dieser Zeit kann allershand passieren.

Nun, meine Damen und Herren, komme ich zu etwas, was uns weniger angenehm erscheint. Es betrifft die Genehmigung von Neubauten usw. Man

mißt hier in diesem Hause mit zweierlei Maß. Was dem einen erlaubt ist, ist dem anderen verboten. Es gibt Firmen, die können alles machen, warum, weil sie der Mehrheit dieses Hauses genehm sind. Auf der anderen Seite gibt es Firmen, bei denen man wieder äußerst kleinlich ist. Ich bin dafür, daß, wenn jemand konsenslos baut, er bestraft wird, aber wenn der eine bestraft wird, soll auch der andere bestraft werden. Wenn eine Firma seit 6. Mai auf eine Baubewilligung wartet und sie bis heute noch nicht hat, obwohl sie das Arbeitsinspektorat beauftragt hat, diesen Bau zu erstellen, weil sie sonst keine Fremdarbeiter bekommt, so ist das nicht in Ordnung. Da muß diese Firma den Bau eben ohne Bewilligung errichten und die S 2.000, -- Geldstrafe bezahlen. Aber sie kann den Betrieb deswegen nicht sperren. Schließlich kommt das ganze doch wieder unserer Gemeinde zugute, denn wir bekommen die Steuern dieses Unternehmens. Vielleicht wird man auch hier endlich darangehen, daß man mit gleichem Maße mißt.

Zu den Sportplätzen. Wir haben drei Sportplätze und wollen uns sicher nicht zu jenen zählen, die sportfeindlich sind. Meine Damen und Herren, ich glaube, es wäre besser gewesen, wir hätten eine große Sportanlage errichtet und alle Vereine hätten dort Platz gefunden. Im Fernsehen heißt es doch immer, wir haben keine Leichtathleten. Da frage ich, wo sollen in Steyr Leichtathleten trainieren? Am Sportplatz Rennbahn ist es nicht möglich, weil, wenn Sie sich die Rennbahn ansehen, so werden Sie feststellen, daß wir wohl Fußballplätze haben, aber für die Leichtathleten - und das ist der wahre Körpersport, denn Fußball ist in meinen Augen kein Sport, es sei denn, er wird in Betriebsgemeinschaften oder kleineren Vereinen als Ausgleich betrieben und

nicht des Geldes wegen - sind keine Anlagen vorhanden. Man sollte hier auf der Rennbahn wirklich einmal nach dem Rechten sehen und entsprechende Leichtathletikanlagen errichten.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER
JOSEF FELLINGER:

Solche Anlagen sind vorhanden; nur wächst Gras darüber, weil niemand trainiert!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Herr Bürgermeister, ich habe mir sagen lassen - ich weiß nicht, ob es stimmt - von der HTL hätte man versucht, diesen Platz zu bekommen und da hat es geheißen nein. Ich lasse mich aber gerne korrigieren. Erst als die HTL erklärt hat, daß sie auf den Sportplatz des Allgemeinen Turnvereines ausweichen wird müssen, hat man, da man wahrscheinlich daraus entstehende Konsequenzen gesehen hat, die Bewilligung erteilt. Man müßte hier wirklich, wenn Vereine den Platz benützen möchten, doch etwas großzügiger sein, sind wir doch froh, wenn unsere Jugend auf die Sportplätze geht, egal welchem Verein sie angehören. Ich mache hier keine Ausnahme. Aber es ist immer besser, als sie gehen in die Lokale.

Ich will zum Ende kommen und noch einmal darauf verweisen, daß wir, wie schon mein Kollege gesagt hat, die Arbeit unterstützen, die zum Nutzen der gesamten Bevölkerung ist. Die Kritik soll nicht Kritik sein um hier Opposition zu spielen, wir bringen sie deshalb, um die Fehler, die uns hier allen entgangen sind und die an uns herangetragen werden, festzustellen und gemeinsam abzustellen, denn immer, wo Menschen sind, gibt es einen Irrtum und diesen wollen wir beseitigen.

Wir werden dem Budget 1967 zustimmen und ich darf mir erlauben, namens meiner Fraktion, den Beam-

ten des Hauses und den Herren des Präsidiums, aber auch Ihnen meine Damen und Herren des Gemeinderates ein frohes Weihnachtsfest und für das Jahr 1967 alles Gute, vorallem Gesundheit, zu wünschen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Als nächster Redner hat sich Kollege Kinzelhofer gemeldet!

GEMEINDERAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Ausführungen des Herrn Stadtrates Schachinger veranlassen mich, doch einiges dazu zu sagen und zwar betrifft es erstens das Kriegerdenkmal. Ich glaube, daß es niemanden in diesem Hause gibt, der gegen die Errichtung eines Kriegerdenkmales in der Stadt ist. Die Besprechungen darüber wurden ja schon lange geführt und ich persönlich freue mich, daß man endlich weiß, wo das Kriegerdenkmal hinkommen soll. Betreffend des Kriegerdenkmales in Münchenholz möchte ich folgendes sagen:

Dieses Denkmal wurde von den Kriegsoffern in Münchenholz mit finanzieller Unterstützung der Bevölkerung von Münchenholz und durch den persönlichen Einsatz der Kriegsoffergeliebten gebaut. Wir haben das Kriegerdenkmal nur deshalb hergeben müssen, da es auf einem Grund der Kirche stand und diese dort eine Kirche erbaut hat, mit dem Versprechen, daß nach der Fertigstellung dieses Kriegerdenkmal wieder so errichtet wird, wie es war. Daß jetzt Schwierigkeiten auftreten, sieht man ein, aber man soll nicht der Bevölkerung und den Kriegsoffern von Münchenholz zumuten, daß sie auf dieses Kriegerdenkmal, das sie unter persönlichen Opfern errichtet haben, verzichten

sollen. Ich stelle das sowohl als Bezirksobmann des Kriegsofferverbandes als auch als Gemeindefunktionär fest und ersuche, daß auch die Gemeinde den Münchenholzern die vollste Unterstützung zur Errichtung dieses Denkmals gibt.

Zweitens über die Sportplätze. Hier freut es mich, daß Kollege Schachinger sich intensiv für die Belange des Sportes eingesetzt hat und ich glaube, daß man auch mit seiner Unterstützung rechnen kann und seine Äußerungen nicht nur im Blick auf das Jahr 1967 gemacht wurden. Es freut mich, daß wir gemeinsam diese ganzen Probleme wie Hallenbad, Vorwärmanlage, Sportplatzerrichtung usw., durchführen werden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Baumann bitte!

STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte nur dem Kollegen Moser eine Antwort betreffend die Kohlenaktion geben. Es ist nicht so wie es gesagt wurde. Jene Damen und Herren, die im Fürsorgeausschuß sitzen, wissen, daß von Jahr zu Jahr mehr Gemeindemittel für unsere Ärmsten der Armen ausgegeben werden. Ich glaube auch, Kollege Moser, daß ich Dich genauestens informiert habe, weil ich weiß, daß Du im Fürsorgeausschuß nicht vertreten bist. Wir geben für den heurigen Weihnachtszuschuß wieder S 190.000,-- aus und ich möchte hier gleich bitten, daß Sie dem Betrag, den wir überzogen haben, auch Ihre Zustimmung erteilen. Wenn ich aber gesagt habe, ein Fürsorgerat hat nichts zu sagen, so weißt Du ganz genau, Kollege Moser, daß das nicht den ganzen Fürsorgerat betrifft, sondern nur eine einzelne Person und Du

weiß auch warum und ich würde Dich bitten, wenn wir nächstes Mal diese Organisation starten, die in Oberösterreich einmalig ist, daß man daraus kein Politikum macht, sondern darin eine Aktion des gesamten Gemeinderates sieht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Kollege Watzenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Nur ganz kurz zur Frage Kriegerdenkmal Münchenholz. Ich wollte dieses Thema im Zusammenhang mit dem anderen Tagesordnungspunkt bringen. Mir hat es einen Riß gegeben, als Kollege Schachinger in dieser Richtung Andeutungen gemacht hat. Ich will nicht mehr sagen als daß mir die Vereinbarungen, die seinerzeit zwischen der Verwaltung der Kirche und dem Kriegsopferverband Münchenholz getroffen wurden, bekannt sind und daß meine Fraktion 100 %ig für die Wiedererrichtung des Kriegerdenkmales eintreten wird. Wir würden das als eine gravierende Angelegenheit betrachten, wenn diese Vereinbarungen nicht eingehalten würden.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Stadtrat Gherbetz hat sich zum Wort gemeldet!

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Ich möchte dazu nur sagen, daß die Angehörigen der auf dieser Tafel verewigten Gefallenen und Vermissten aus eigener Tasche die Einmeißelung bezahlt haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Die Angelegenheit Kriegerdenk-

mal wird noch Diskussionspunkt in einer der nächsten Sitzungen sein.
Bitte Herr Kollege Moser!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Ich möchte nur ganz kurz dem Kollegen Baumann antworten. Ich habe in anerkennenden Worten daran erinnert, daß die Kohlenaktion, die die Stadt durchführt, eine gute Tat des Gemeinderates darstellt. Mein Antrag befaßte sich ja mit einer Erhöhung der Richtsätze. Die Richtlinien zu erhöhen, das ist eine dem allgemeinen Wunsche und der Entwicklung entsprechende Angelegenheit. Ich bin auch der Meinung, daß diese Angelegenheit mit Politik nichts zu tun hat. Die durch die Richtlinien festgesetzten Höchstgrenzen der Renten, für eine Person glaube ich S 1.000,--, für zwei Personen S 1.200,- sind schon derart minimale Beträge und wenn diese durch Rentenerhöhung überschritten werden, haben die Leute keinen Anspruch mehr auf eine Zuteilung. Auf das wollte ich im wesentlichen hingewiesen haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Gemeinderat Ebmer bitte!

GEMEINDERAT JOHANN EBMER:
Geehrter Gemeinderat!

Es wurde sehr viel über Straßen, Wege und Beleuchtung usw. gesprochen. Ich als Fußgänger, der ich viel auf den Tabor hinaufgehe, möchte darauf verweisen, daß in der Gleinkergasse, beim ehemaligen Gasthaus zum "Grünen Baum", ein derart schmaler Gehsteig ist, daß man sich fürchten muß, hinunter zu fallen. Ebenso ist es beim Durchgang durch das Schnallentor. Man müßte dort unbedingt Abhilfe schaffen, da sehr viele Schulkinder diesen Weg benützen müssen. Außerdem würden wir bit-

ten, daß in der Sepp-Stöger-Straße und auf der Promenade ein Fußgängerübergang errichtet wird, denn gerade die Sepp-Stöger-Straße wird von vielen Kindern und auch Erwachsenen, die zur Gebietskrankenkasse gehen müssen, benützt.

Beleuchtung Promenade. Sowohl bei der Hauptschule als auch bei den Häusern Promenade 8, 10, 12, sind nur kleine Lampen drinnen, die alle 14 Tage kaputt gehen. Ich glaube, ich bin der einzige in Steyr, der alle 8 Tage zur Polizei geht und meldet, daß dort oben kein Licht brennt.

Ein anderes Problem. Bei der Musikschule wurde die Fahrbahn asphaltiert. Ich habe damals den Bauleiter gefragt, warum das Kanalgitter mitten auf die Straße gemacht wird. Das verstehen Sie nicht, mein Herr, war seine Antwort. Was war der Enderfolg? Nach drei Wochen mußte wieder aufgerissen werden und das Gitter wurde auf den Rand der Straße verlegt. Dazu hätte man keinen Bauleiter gebraucht. Es ist wirklich manchmal so, wenn ein Gemeinderat etwas sagt, heißt es, das ist nichts. Ich bin der Meinung, daß man doch etwas mehr auf die Worte eines Gemeinderates hören soll.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Es liegt keine Wortmeldung vor. Darf ich dem Berichterstatter das Schlußwort erteilen!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates!

Sie haben sich zu dem von mir vorgetragenen Voranschlag für das Jahr 1967 nur positiv geäußert, dafür danke ich Ihnen, daß Sie diese Ar-

beit anerkennen. Sie haben auch wieder viele Anregungen und Wünsche vorgebracht, die die Stadtverwaltung berücksichtigen soll und ich glaube, daß alles im Laufe der Zeit durchgeführt wird. Ich möchte immer wieder betonen, daß nicht alles auf einmal sein kann und wir können die Vorhaben nur der Dringlichkeit nach reihen. Sie haben aber auch verschiedene Mängel aufgezeigt. Sie haben Kritik geübt, aber ich als Finanzreferent kann natürlich heute dazu nicht Stellung nehmen. Es ist ja alles protokolliert und das Präsidium beschäftigt sich das ganze Jahr immer mit diesen Fragen und beurteilt nach der Notwendigkeit, was durchzuführen ist. Ich möchte aber auch meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie wieder so großes Verständnis für die Belange, die hier behandelt wurden, gezeigt haben. Ich freue mich aber auch, daß Sie meinen Pessimismus nicht teilen, sondern so wie alle Jahre positiv eingestellt sind. Ich bin stolz darüber, daß eine so rege Debatte über den Voranschlag 1967 - den ich Ihnen so pessimistisch geschildert habe, Sie ihn aber doch mit positiveren Augen sehen - stattgefunden hat.

Noch einmal vielen Dank.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wir kommen zur Abstimmung über den Voranschlag.

Sie hörten vom Berichterstatter den Antrag. Wenn sie dem Antrag Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. Keine Gegenstimme? Damit ist der Voranschlag für das Jahr 1967 einstimmig angenommen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR SCHANOVSKY:
Sehr verehrte Damen und Herren!

Ich habe Ihnen noch zwei Personalanträge zu stellen, der eine kommt vom Finanz- und Rechtsausschuß, der andere vom Stadtsenat.

3) Präs-566/66

Einmalige Weihnachtsbeihilfe 1966 an Magistratsbedienstete.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den aktiven Bediensteten der Stadtgemeinde Steyr mit nachstehenden Ausnahmen und den Pensionisten (Ruhegenuß-, Versorgungsgenuß- und Erziehungsbeitragsempfänger sowie Gandenpensionisten - das Ehepaar Konheisner aliquot) und deren haushaltszulagebezugsberechtigten Angehörigen, sofern diese Personen nicht selbst als Bedienstete der Stadtgemeinde oder als Pensionisten anspruchsberechtigt sind sowie den Vorschülerinnen und Lehrlingen wird als Weihnachtsbeihilfe 1966 eine einmalige Zuwendung von je S 150,-- gewährt.

Teilbeschäftigte erhalten die Zulage in der vollen Höhe.

Maßgeblich für die Gewährung der Zuwendung ist der Personalstand sowie der Stand an Haushaltszulagen am 1. 12. 1966.

Ausgenommen von vorstehender Regelung sind:

- a) die Nebenlehrer an der Städtischen Handelsschule, Handelsakademie, Frauenberufsschule und Musikschule;
- b) die Hilfsärzte einschließlich des Schularztes;
- c) Der Vertrauensarzt des Zentralaltersheimes;
- d) die Kollektivvertragsarbeiter;
- e) die nach einer Sonderregelung entlohnten Hausbesorger und das Forstaufsichtsorgan.

Ich bitte Sie um Zustimmung zu diesem Antrag!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie dazu das Wort?

Es ist keine Wortmeldung vorhanden, ich nehme daher Ihre Zustimmung zu diesem Antrag an.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER DIREKTOR HANS SCHANOVSKY:

Schließlich wolle der Gemeinderat eine einmalige Familienbeihilfe für das Jahr 1966 gewähren.

4) Präs-459/66

Gewährung einer einmaligen Familienbeihilfe für das Jahr 1966 an Magistratsbedienstete.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Den Bediensteten und den Pensionsparteien der Stadtgemeinde Steyr wird für das Jahr 1966 für jedes haushaltszulageberechtigte Kind (Stichtag 1. 10. 1966) eine einmalige Familienbeihilfe folgenden Ausmaßes gewährt:

bei 1 Kind	S 180,--
bei 2 Kindern	S 420,--
bei 3 Kindern	S 720,--
bei 4 Kindern	S 1.080,--
bei 5 Kindern	S 1.500,--
bei 6 Kindern	S 1.980,--
bei 7 Kindern	S 2.520,--
bei 8 Kindern	S 3.120,--
bei 9 Kindern	S 3.780,--
bei 10 Kindern	S 4.500,--
bei 11 Kindern	S 5.280,--

Bei aliquotem Bezug der Haushaltszulage gelangt die einmalige Familienbeihilfe im gleichen Anteil zur Auszahlung.

Ich bitte auch hier um Ihre Genehmigung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es liegt keine Wortmeldung vor, ich darf daher Ihre Zustimmung annehmen. Danke.

Als Nächsten bitte ich Kollegen Hochmayr!

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wie Ihnen bekannt ist, soll das Kleinod in Steyr - Aichet, Sierninger Straße 82, von Frau Renate Pampl angekauft werden. Wir wissen, es handelt sich nicht nur um ein Gebäude, sondern auch um eine äußerst wertvolle Sammlung, die wir wahrlich von der Stadt nicht entfernen lassen dürfen. Es liegt daher der Antrag des Stadtsenates vor:

5) ÖAG-6210/66

Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 82.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Sierninger Straße 82, EZ. 992, Kat. Gem. Steyr, einschließlich der gesamten vorhandenen Einrichtung des Hauses (Kunstsammlung "Marianne Kautsch") von Frau Renate Pampl wird zugestimmt.

Der Kaufpreis besteht in der Übernahme der auf dem Kaufobjekt pfandrechtlich sichergestellten Darlehensforderung der Sparkasse in Steyr im noch ausstehenden Betrage von S 112.000,-- mehr oder weniger sowie in der Leistung einer monatlichen Rente von S 8.062,--, entsprechend dem Gehalte eines Bundesbeamten der Verwendungsgruppe A, Dienstklasse VII, Gehaltsstufe 3, was einem Kapitalwert von S 1.064.184,-- entspricht. Die Leibrente wird wertgesichert, sodaß sie stets dem monatlichen Grundbezug eines Bundesbeamten der genannten Einstufung entspricht. Weiters sichert die Stadtgemeinde Steyr den Ehegatten Pampl gemeinsam oder einzeln einen Krankenversicherungsschutz im gleichen Umfang zu, wie er einem im Ruhestand befindlichen Mitglied der KFA der Stadtgemeinde Steyr zusteht. Im Falle des Ablebens der Frau Renate

Pampl erhält ihr Ehegatte Richard Pampl diese monatliche Rente auf Lebenszeit.

Die Festsetzung der übrigen Bedingungen des Kaufvertrages bleibt der Magistratsdirektion vorbehalten.

Zur Bezahlung der für das Rechnungsjahr 1967 aus diesem Rechtsgeschäft entstehenden Verbindlichkeit sowie der Vermögensübertragungsgebühren wird ein Betrag von

S 315.000,--

(Schilling dreihundertfünftehtausend)

bei VP 92-91 aoH freigegeben.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Weiters ist der Ankauf der Liegenschaft Steyr, Unterer Schiffweg 6, im Zuge der Hundgrabenumfahrung erforderlich.

Der diesbezügliche Antrag des Stadtsenates hat folgenden Wortlaut:

6) ÖAG-5705/66

Ankauf der Liegenschaft Steyr, Unterer Schiffweg 6.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft EZ. 204 des Grundbuches der Kat. Gem. Steyr, Haus, Unterer Schiffweg 6, zum Preise von S 350.000,-- von Frau Maria Leitner wird zugestimmt. Der Kaufpreis wird in der Weise berichtigt, daß die Stadtgemeinde Steyr der Käuferin von der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr aus deren Bauvorhaben E XVIII b zwei an der Schillerstraße gelegene Wohnungen im Werte von etwa S 450.000,-- verschafft. Die Differenz zwischen dem Wert der Liegenschaft Steyr, Unterer Schiffweg 6, und dem der

beiden Wohnungen ist von Frau Maria Leitner zu bezahlen.

Die Festsetzung und Freigabe des für diese Transaktion erforderlichen Ablösebetrages bleibt einer späteren Beschlußfassung nach genauer Ermittlung des Preises der beiden Wohnungen vorbehalten.

Die Festsetzung der übrigen Bedingungen des Kaufvertrages hat durch die Magistratsdirektion zu erfolgen.

Ich bitte auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall, darf ich Ihre Zustimmung zu diesen beiden Anträgen annehmen? Es ist keine Gegenstimme vorhanden.

Kollege Huemer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS HUEMER:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Zu dem Tagesordnungspunkt, der nun an die Reihe kommt, darf ich Ihnen den Amtsbericht zur Kenntnis bringen. Dieser Bericht enthält viel Grundsätzliches und Entscheidendes. Der Amtsbericht hat folgenden Wortlaut:

Die Gemeinde Steyr hat in den letzten 25 Jahren effektiv rund 50 Millionen Schilling, ohne die Frage der Aufwertung zu prüfen, in die Wasserversorgungsanlagen für das Stadtgebiet Steyr investiert. Laufende Netzerweiterungen (Neubauten und Siedlungsgebiete) sind durchzuführen; zwei neue Hochbehälter und der Ausbau von Drucksteigerungsanlagen sind nötig.

Schwieriger wird jedoch die Aufrechterhaltung der Wasserreinheit. Nicht nur im engeren Schutzgebiet, sondern auch im anschließenden Wasserschongebiet zeigen sich Hinweise,

die einen Schluß darauf zulassen, daß die Gemeinde äußerste Aufmerksamkeit gegen die Verunreinigung ihres trinkbaren Grund- und Quellwassers an den Tag legen muß. Im Zuge der wissenschaftlichen Erforschung des Grundwasservorkommens schließt der Sachverständige nicht aus, daß selbst aus der Gegend von Gründberg - Krankenhaus unterirdisch Steyrwasser in unser Schutzgebiet einströmt. Aus Reinhaltungsgründen ist auch ein Großteil von Steyr-Nord dem Schongebiet schon jetzt einverleibt worden, wobei die Sachverständigen mit dieser Lösung absolut nicht zufrieden sind. Vorallem fordern die Sachverständigen (Geologen und Wasserbautechniker), daß die Gemeinde Steyr verschiedene Vorkehrungen trifft. Dazu ist in erster Linie nötig, das Kanalsystem soweit zu vervollständigen, daß in unmittelbarer Nähe des unterirdischen Grundwasserstromes keine Verunreinigungen, welcher Art immer, die Güte des Wassers beeinträchtigen. Da gerade in den Stadtgebieten Gleink, Stein, am Tabor, am Kegelpriel und in Gründberg die Kanalisation schwere Mängel aufweist, wird es Sache der Gemeinde sein, hier Abhilfe zu schaffen. Es ist dies ein Vorhaben, das rund 100 Millionen Schilling erfordern würde. Bei dieser Gelegenheit darf darauf hingewiesen werden, daß in den dichter verbauten Teilen zur Steyr und zur Enns der Kanal schon jetzt keineswegs systematisch und vorallem größenordnungsmäßig dem derzeitigen Wasserverbrauch entspricht.

Für das Stadtgebiet Ennsleite und Münichholz gilt zwar grundsätzlich das Gleiche, doch ist die Einflußnahme auf unser Schongebiet hier nur von sekundärer Bedeutung, weil ja die Enns als große Wasserader dazwischenliegt. Um die Enns, die unser engeres Wasserschongebiet streift, soweit rein zu erhalten, daß Einfluß-

nahmen unterirdischer Art entfallen können, muß hier ebenfalls auf ein Mindestmaß von Schutzmaßnahmen gesehen werden. Es trifft somit die Vorsorge für die Reinhaltung des Grundwassers für das ganze Stadtgebiet von Steyr zu. Dabei ist noch zu bemerken, daß derzeit noch in jedem Stadtteil Hausbrunnen bestehen, die so wieso zu schützen sind.

Weiters muß darauf hingewiesen werden, daß die Gemeinde Steyr die Erforschung der Grundwasserströme soweit vorantreiben muß, daß von einwandfreien Voraussetzungen ausgegangen werden kann. Schon das derzeit laufende Wasserrechtsverfahren gegen die Firma Niedermayr in Dietach zeigt, daß die Gemeinde hier noch nicht alle Folgen kennt. Es wird nach wie vor mit reinen Vermutungen gearbeitet, die sich letztlich zum größeren Schaden der Gemeinde Steyr auswirken könnten. Die Gemeinde Steyr hat von der Gemeinde Dietach verlangt, daß die Kanalisation im Hinblick auf das vorhandene Wasserschutz- und -schongebiet zeitgemäß ausgebaut werden muß. Es werden somit in anderen Gemeinden Vorkehrungen verlangt, die die Stadt selbst zum Teil noch nicht besitzt. Die Frage der Entschädigung für jene Grundbesitzer, die durch die Maßnahmen der Gemeinde Steyr in irgend einer Weise beeinträchtigt werden, sei hier noch gar nicht angeschnitten. Es muß aber auf alle Fälle eine zeitgemäße Erforschung unseres Quell- und Grundwassers erfolgen, die größere Beträge erfordert.

Die Gemeinde muß außerdem zur Erforschung des Brunnenschutzgebietes in Bezug auf die Mächtigkeit des Grundwasservorkommens Probebohrungen vornehmen. Die Wasserentnahme steigt jährlich und es ist nötig, neue Schöpfstellen oder neue Gebiete auch in anderen Stadtteilen festzustellen und zur Ausbeute reif

zu machen. Es wird insbesondere auf die Verhältnisse an den Bachgerinnen rund um Steyr zu denken sein. Dies erfordert beachtliche Mittel.

Wenn also somit die Erforschung und Feststellung unseres Wasservorkommens sowie die Reinhaltung der Grundwässer ins Auge gefaßt wird, so sind derartig hohe Mittel nötig, die aus dem Haushalt kaum zu entnehmen sind. Es muß daher auf Fremdfinanzierung gegriffen werden. Die Fremdfinanzierung erfordert beträchtliche Mittel für Zinsen und es muß versucht werden, diese aus dem Wasserwirtschaftsfonds zu erhalten. Dieser Fond kann jedoch Steyr nur in beschränktem Umfang und nie in dem Ausmaße, wie es nötig wäre, versorgen. Es muß somit die Finanzierung auf Bankdarlehen ausgerichtet werden, die beträchtliche Zinsaufwände zur Folge hat. Um einen Teil dieser Zinsaufwendungen decken zu können, ist es nötig, eine Deckung durch einen Zuschuß von Seiten der Bevölkerung in Form eines Zuschlages auf den Wasserverbrauch vorzunehmen. Es muß vorgeschlagen werden, in der derzeitigen Situation ab 1. 1. 1967 50 Groschen pro cbm Wasser Zuschlag vorzuschreiben.

Rein preismäßig darf darauf verwiesen werden, daß die Gemeinde Steyr mit diesem Zuschlag noch in der Mittellage jener Gemeinden liegt, die Wasserzinse einheben. Der Zuschlag zum Trinkwasserpreis scheint auch der gerechteste zu sein, weil jeder nach seinem Bedarf im wesentlichen richtig eingestuft ist. Eine Kanalgebühr stellt dieser Zuschlag in keiner Form noch dar, weil - wie gesagt - fürs erste die Einnahmen, die sich aus diesem Zuschlag ergeben, mit rund 1,5 Millionen Schilling im Jahr zu beziffern sind und zumindest für die nächsten Jahre ausreichend sein können. Es darf auch noch darauf hingewiesen werden, daß die Wasser-

bezieher, soweit sie nicht durch die Gemeinde versorgt werden, in geeigneter Form zu dieser Leistung verhalten werden sollen.

Um die schon in diesem Winter notwendig werdenden Veranlassungen finanzieren zu können, sollen die im Voranschlag 1967 vorgesehenen Darlehensaufnahmen für die oben angeführten Vorhaben in der vorgeschlagenen Form zur teilweisen Deckung der Ausgaben bewilligt werden.

Darf ich Ihnen im Anschluß an den Vortrag den Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses zur Verlesung bringen:

7) Gem XIII-3570/66

Regulierung des Wasserpreises.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Ab 1. Jänner 1967 wird auf den Wasserverbrauch ein Zuschlag von S 0,50 pro cbm Wasser erhoben, wobei der Aufschlag für die Förderung der Reinhaltung des Grund- und Quellwassers zu verwenden ist.

Ich darf Sie bitten, diesem Antrag Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sie hörten den Antrag und den Bericht. Wünscht jemand dazu das Wort?

Kollege Hochmayr bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Fraktion der ÖVP hat sich sehr reiflich den Antrag, der zweifellos nicht zu den beliebten Maßnahmen zählt, überlegt und wir möchten wirklich nicht auf diesem Sektor eine Stimmung erzeugen, die dazu angetan sein könnte, den Eindruck zu erwecken, daß wir nur eines bestimmten Zieles halber hier die Zustimmung geben oder versagen könnten. Wie wertvoll uns die

Gesundheit der Bewohner unserer Stadt ist, haben Sie aus den Hinweisen zum Budget gehört. Wir wären der bescheidenen Meinung, daß man so große Probleme nicht mit einem einzigen Antrag vollkommen überblicken kann. Es sind, das ist ja im Antrag auch angeklungen, Finanzierungsprogramme notwendig und wir wären sehr dankbar, wenn in absehbarer Zeit diese Finanzierungsprogramme den Damen und Herren des Gemeinderates zukommen könnten. Wir wissen auch, daß diese Mittel einer bestimmten Bindung unterliegen. Nachdem im Budget diese Mittel nicht vorgesehen sind, würden wir bitten, daß diese 50 Groschen bei den Wassergebühren gesondert zum Ansatz gelangen, damit jederzeit ein Überblick gegeben ist. Wir wissen alle, daß diese ganz große Planung, wie sie vorgesehen ist, nicht jeder von uns überleben wird, weil sie ein so großes Etatprogramm von so imposanter Bedeutung darstellt. Wenn Sie nur bedenken, für S 100.000.000,-- Kanäle, Kläranlagen usw., wir haben gar keinen richtigen Preisbegriff für etwas, was sich in 10 Jahren abspielen wird. Unsere Bitte geht dahin - wie ich schon erwähnt habe, daß diese Mittel gesondert ausgewiesen werden und um Vorlage eines Finanzierungsplanes.

Wir geben selbstverständlich dieser Maßnahme, gerade weil sie im Interesse der Gesunderhaltung der Bevölkerung von Steyr so entscheidend ist, unsere Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe schon vorher in meinen Ausführungen diesem Antrag vorgegriffen und unsere Stellungnahme

bekanntgegeben. Wir können uns nicht damit vertraut machen, daß die Gemeinde zu den gleichen Methoden greift wie die Regierung und auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung die Tarife erhöht. Ich verweise darauf, daß gerade Wasser das unentbehrlichste Mittel ist, das jeder Mensch, jedes Tier zu seiner Lebenserhaltung braucht. Es geht nicht nur um das Trinkwasser allein. Nehmen Sie eine kinderreiche Familie mit kleinen Kindern, die täglich gebadet werden müssen. Es ist mir entgegengehalten worden, daß die monatliche Mehrbelastung eine verhältnismäßig geringe ist. Ich verweise nur darauf, daß im Monat Jänner - zum zweiten Male - die Grundnahrungsmittel Milch und Brot verteuert werden. Es werden noch eine ganze Reihe von Nahrungsmitteln folgen, die der Arbeiter konsumieren muß und die im gesamten gesehen auf die Dauer eine unerträgliche Belastung, auf alle Fälle eine Schmälerung seines Lebensstandards, darstellen. Aus diesem Grund bin ich nicht in der Lage, diesen Erhöhungen die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Kollege Gherbetz bitte!

STADTRAT KARL GHERBETZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir haben uns in unserer Fraktion heute noch mit dem Problem der Reinhaltung des Wassers beschäftigt. Uns war es vollkommen klar, daß es eine Belastung für die Minderbemittelten, also für die kinderreichen Familien, sein wird, die ja für ihren Haushalt mehr Wasser benötigen. Erstens durch das Waschen, das Baden der Kinder und durch das Wäschen. Wir haben aber auch das zweite in das Kalkül gezogen, nämlich

daß die Reinhaltung des Wassers notwendig ist. Wir haben uns jedoch gesagt, wenn man auf der einen Seite S 700.000,-- an Subventionen gibt und auf der anderen Seite die Bevölkerung mehr belastet, so sind wir nicht in der Lage, unsere Zustimmung zur Erhöhung des Wasserpreises zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Kollege Prof. Radinger bitte!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Darf ich den Referenten, Stadtrat Huemer, der den Antrag gestellt hat, sekundierend zusammenfassen. Wir haben in den letzten Jahren beträchtliche Mittel zur Sicherung unserer Wasserversorgung investiert. Es war das der Ausbau der Brunnenanlage, die Erweiterung des Leitungsnetzes, die Errichtung von Hochbehältern, die imposante Bautätigkeit in Steyr, vorallem das Wohnbauprogramm der GWG der Stadt Steyr, hat es mit sich gebracht, daß hier immer weitere Maßnahmen getroffen werden müssen und wir können sagen, daß diese Maßnahmen bei den ständig steigenden Kosten immer teurer werden. Ich glaube, gerade die Maßnahme, für den Schutz und die Reinhaltung unseres Trinkwassers rechtzeitig vorzusorgen, ist eine Notwendigkeit, der wir uns nicht verschließen können. Wir glauben auch, daß die Bevölkerung dafür Verständnis aufbringen wird, umso eher, wenn wir das jetzt sofort machen, als vielleicht aus wahltaktischen Gründen erst im kommenden Jahr. Ich möchte hinzufügen, daß dieser Antrag etwas spät kommt, er kommt jetzt am Ende des Jahres, aber wir haben ja erst jetzt die Budgetsituation klar erkennen können und

haben notgedrungen sagen müssen, daß wir bei einem Abgang von 28 Millionen Schilling diese Maßnahmen auf dem Gebiete der Sicherung der Wasserversorgung und der Reinhaltung des Trinkwassers zum Teil durch zusätzliche Einnahmen decken müssen. Dem Kollegen von der kommunistischen Partei möchte ich sagen, es ist sehr einfach, die sozialistische Partei, die Mehrheit in diesem Hause, mit dem Makel der Teuerungspolitik zu kennzeichnen. Das ist auch im Falle eines ähnlichen Beschlusses in Linz geschehen. Wir können nachweisen, daß wir in einer Reihe von Gebieten von kostendeckenden Tarifen weit entfernt sind, auch gar nicht daran denken, solche anzustreben. Ich denke hier vor allem an die Einrichtungen und Maßnahmen, die der Jugend und den Kindern dienen, in den Kindergärten und Schulen, an solche, die den alten Menschen zur Verfügung stehen, an das Altersheim, und ich denke auch an die vielen kulturellen Einrichtungen. Auf der anderen Seite glaube ich, wenn wir hören, daß wir dabei preismäßig noch immer in der Mittellage ähnlicher Gemeinden liegen, daß wir hier diesen Zuschlag doch verlangen müssen, umso mehr als nach vorsichtigen Schätzungen die Mehrkosten, die einem durchschnittlichen Haushalt pro Monat dadurch erwachsen werden, in der Höhe von S 5 - S 7 liegen.

Wir stellen als sozialistische Fraktion fest und betonen, daß wir diesen Zuschlag zum Wasserpreis nur ungern beantragen, besonders da gerade in der letzten Zeit - das stellen auch wir fest - die Kosten im starken Ansteigen begriffen sind. Umso mehr sehen wir uns gezwungen, weil - das sagen wir ganz eindeutig - der neueste Griff des Finanzministers in unsere Taschen uns eine solche Maßnahme aufzwingt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr verehrter Gemeinderat!

In der Gemeinderatssitzung vom 21. Juni 1966 hat Stadtrat Huemer eine ähnliche Begründung zur seinerzeitigen Wasserpreiserhöhung gegeben. Es wirkt einigermaßen deprimierend, wenn nach so kurzer Zeit mit der gleichen Begründung eine 33 %ige Erhöhung des Preises vom Juni beantragt wird. Ich glaube, das ist eine Maßnahme, die vor der breiten Masse der Arbeiterschaft nicht gut zu vertreten ist. Wenn wir die ganzen Preissteigerungen betrachten und die Gemeinde Steyr jetzt mit einer 33 %igen Wassergebührenerhöhung auf den Plan tritt, so glaube ich, könnte das für eine Reihe anderer Stellen ein willkommener Anlaß sein, die Preise weiter zu erhöhen.

Aus diesem Grunde glaube ich, müßte man diesem Antrag die Zustimmung verweigern.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Huemer bitte!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Ich möchte nur folgendes sagen:

Ich hätte mich nicht mehr zum Wort gemeldet, wenn hier nicht ein volkswirtschaftlicher Fehlschluß gemacht worden wäre. Ich habe mich auch nicht mit Parlament und Regierung auseinandersetzen. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Reinheit des Wassers mit allen Mitteln zu gewährleisten. Man kann sich wohl auseinandersetzen über die Verteilung der sogenannten Vermögenswerte, die dem einen genommen und dem

anderen gegeben werden. Ich sage hier ja nur ein volkswirtschaftliches Gesetz. In dieser Gemeindestube wird nicht verteilt, es wird nicht den einen etwas genommen und den anderen etwas gegeben. Dies möchte ich im Sinne der Wahrheit und der Objektivität festgestellt haben. Daß verschiedene Fraktionen dem Antrag nicht zugestimmt haben, liegt vielleicht auch darin, daß wir bis jetzt niemals mit Wasserschwierigkeiten zu tun hatten, wie es in anderen Städten laufend der Fall ist. Es wurden noch nie, auch bei härtester Beanspruchung, bei Dürre und Trockenheit, Wassersparmaßnahmen angeordnet. Ich möchte den Fraktionen noch zu bedenken geben, daß über die Güte des Wassers solange nicht diskutiert wird, solange keine Katastrophenfälle eintreten. Solche zu verhüten, muß unsere gemeinsame Aufgabe sein. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir innerhalb der letzten 10 Jahre, von 1955 bis 1965, die Wasserabgabe von 5.000 m³ auf 8.000 m³ pro Tag steigern mußten.

Zum Abschluß darf ich Ihnen, damit Sie auch da einen Überblick haben, jene Gemeinden melden, die bereits höhere Wasserpreise haben, als wir jetzt in Steyr einführen wollen:

Deutsch Wagram S 2,50; Eisenstadt S 3,--; Fohndsdorf S 2,10; Freistadt S 2,--; Fürstenfeld S 2,--; Graz S 2,--; Heidenreichsstein S 2,50; Hartberg S 2,--; Horn S 3,--; Kapfenberg S 2,50 (ab 1. 1. 1967); Klagenfurt S 2,10; Knittelfeld S 2,70; Köflach S 2,50; Langenlois S 3,--; Mistelbach S 3,40; Mödling S 2,20; Wien S 2,-- (ab 1. 1. 1967); Spittal/Drau S 2,--; St. Pölten S 2,--; St. Veit/Glan S 2,30; Stockerau S 2,--; Trofaiach S 2,--; Voitsberg S 2,50; Waidhofen/Th. S 3,--; Waidhofen/Ybbs S 2,40; Weiz/Oststmk. S 2,80; Wolfsberg S 2,20; Solbad Hall S 2,--; Ternitz S 2,--.

Ich habe das deshalb gesagt, weil das Gemeinden sind, deren Bevölkerung ein weitaus geringeres Einkommen hat, wie es in Steyr der Fall ist. Bedenken Sie, daß wir im Mittel der Städte liegen, denn 40 % aller österreichischen Städte und Ortschaften, die gemeldet haben, haben laut Statistik den gleichen bzw. einen höheren Wasserpreis wie Steyr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich möchte auf den volkswirtschaftlichen Teil der Ausführungen des Kollegen Huemer zurückkommen. Es stimmt, wie Kollege Huemer erklärt hat, daß im Gemeinderat keine Umschichtung des Vermögens durchgeführt wird, aber es soll hier ein Beschluß gefaßt werden, der den Armen genauso trifft, wie den Reichen, das heißt, die kinderreichen Familien müssen für das Wasser genausoviel zahlen wie der Besizende und sie brauchen aber aus den bereits angeführten Gründen mehr Wasser.

Unverständliche Zwischenrufe!

Aber selbstverständlich! Der arme Teufel zahlt S 2,-- und der Besizende zahlt auch das gleiche. Es hat also doch mit Umverteilung etwas zu tun und außerdem möchte ich hinzufügen, Kollege Radinger - Entschuldigung Stadtrat Radinger - Sie haben es wieder sehr leise gestreift, zum Teil ist der Finanzminister auch schuld daran und über die Methoden, dem Finanzminister seine Methoden abzugewöhnen, darüber - Stadtrat Radinger - sind wir verschiedener Meinung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Hochmayr bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER JOSEF HOCHMAYR:

Ich möchte nicht über den Finanzausgleich sprechen, aber doch zur Ehre des Finanzministers auf die positiven Seiten des Finanzausgleiches hinweisen. Die 5 % Umsatzsteuer dürften mehr ausmachen als die verlorenen 10 % an Gewerbesteuer. Ich sage das deshalb, weil hier die Meinung vertreten wird, daß der Finanzminister schuld daran sei, weil wir ein reines Wasser brauchen. Wir sind im Interesse der Bevölkerung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß ein seuchenfreies Wasser genossen werden kann. Schieben wir jetzt nicht die Schuld auf den Finanzminister, sondern sagen auch zu seiner Ehre, daß es das erste Mal gelungen ist, meine Damen und Herren, in Österreich bei Finanzausgleichsverhandlungen die Schutzklausel aufzunehmen, welche lautet: Der Bund ist verpflichtet, in Hinkunft nicht zur Einleitung, sondern zur Führung der Verhandlungen, wenn es um das Vermögen und die Belastung der Gemeinden geht

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Das mit dem Finanzausgleich stimmt nicht, Herr Kollege!

. Ich will damit sagen, daß nicht der Finanzminister schuld ist, wenn wir Kanäle brauchen, deren Bau sich über eine Zeit erstreckt, die - wie ich schon erwähnt habe - wir wahrscheinlich gar nicht erleben werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß aus dem Antrag auch zu erkennen ist, daß es sich dabei nicht um eine Dauereinrichtung handelt, sondern um eine Maßnahme, die nur solange herrscht,

solange die Reinheit des Wassers nicht gewährleistet wird. Uns geht es darum, die Bevölkerung in jeder Art und Weise vor einem Nachteil zu schützen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wir wollen uns jetzt nicht über den Finanzausgleich, ob er gut oder schlecht ist, unterhalten, wir werden noch ausreichend Gelegenheit haben, darüber unsere Stellungnahme abzugeben.

Es ist keine Wortmeldung mehr vorgemerkt, ich darf über den Antrag abstimmen lassen. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Somit ist der Antrag von der Mehrheit angenommen (4 Gegenstimmen - FPÖ-, KPÖ-Fraktion).

Kollege Huemer bitte!

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Der nächste Antrag ist ein Antrag des Stadtsenates und lautet:

8) ÖAG-3630/66

Wasserwerk

Ausbau des Brunnens 5.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ausbau des Brunnens 5 des städtischen Wasserwerkes, entsprechend dem Amtsbericht der Städtischen Unternehmungen vom 7. 10. 1966, wird zugestimmt. Die erforderlichen Brunnenmeisterarbeiten sind der Firma Franz Schierl, Lambach, zum Preise von

S 680.197, --

zu übertragen.

Die erforderlichen Mittel sind von den Städtischen Unternehmungen aufzubringen.

Darf ich auch hier um Ihre Zustimmung ersuchen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Sie stimmen daher dem Antrag zu.

STADTRAT ALOIS HUEMER:

Der nun folgende Antrag, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, hat folgenden Wortlaut:

9) ÖAG-6070/66

Städtische Unternehmungen
Ankauf eines Saurer - Omnibusses
für die Städtischen Unternehmungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Ankauf eines Saurer-Omnibusses (Saurer 5 SH - ST) zum Richtpreis von

S 715.000,--

(Schilling siebenhundertfünfzehntausend)

wird entsprechend dem Amtsbericht der Städtischen Unternehmungen vom 24. 11. 1966 zugestimmt.

Die Mittel werden von den Städtischen Unternehmungen aufgebracht.

Darf ich auch hier um die positive Erledigung dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wünschen Sie dazu das Wort? Keine Wortmeldung vorhanden, daher kann ich Ihre Zustimmung annehmen. Kollege Besendorfer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen.

Der erste Antrag betrifft:

10) Ha-7141/62

Festsetzung endgültiger Darlehen für die Bauten E XVII/1 und 2 und E XI der GWG der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund der ermittelten Gesamtbaukosten, einschließlich des Grundankaufes, werden die Darlehen der Stadtgemeinde Steyr für die nachgenannten Bauten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, in der Gesamthöhe von S 10, 710.000,-- , und zwar zu den generellen Darlehensbedingungen (1 % Zinsen und 1 % Tilgung, Jahresannuität 2 %, zahlbar halbjährlich jeden 1. 1. und 1. 7. im vorhinein, Laufzeit 69 1/2 Jahre) festgesetzt:

E XVII/1 und 2, Wohnbau mit 3 Geschäftslokalen

Darlehenshöhe S 6, 000. 000, -- ,

Annuität ab 1. 7. 1964.

Der Darlehensbetrag ist durch Umbuchung aus den Vorfinanzierungsmitteln zu decken:

Vorfinanzierung Nr. 15,

Ha-6236/52,

Beschluß GR. 27. 3. 1962

S 51. 210, -

Vorfinanzierung Nr. 20,

Ha-4206/60, 1124,

1214/60, für die Bauten E XIII, Sch I - IV,

St III u. a.

Beschluß GR. 18.1. 1963

(Gesamtbetrag S 2,213.490)

Restbetrag S 291. 490, -

Vorfinanzierung Nr. 25,

Ha-7141/62,

Beschluß GR. 18.12.1962

S 5, 300. 000, -

Vorfinanzierung Nr. 48,

Ha-142/60, 7141/62 für

E XI und E XVII (Gesamtbetrag S 1,391.400)

Teilbetrag S 357. 300, -

Beschluß GR. 31. 3. 1966

E XI

Darlehenshöhe S 4, 710. 000, -- ,

Annuität ab 1. 1. 1965.

Der gesamte Darlehensbetrag ist durch Umbuchung aus den Vorfinanzierungsmitteln zu decken:

Vorfinanzierung Nr. 18,
Ha-142/60,
Beschluß GR.19.10.1962

S 1,766.000,-

Vorfinanzierung Nr. 29,
Ha-142/60, 4666/61,
Beschluß GR. 7. 2. 1964
für die Bauten E X und
E XI

(Gesamtbetrag S 1,500.000)

Restbetrag S 349.900,-

Vorfinanzierung Nr. 48,
Ha-142/60, 7141/62,
Beschluß Gr. 31. 3. 1966
für die Bauten E XI und
E XVII

(Gesamtbetrag S 1,391.400)

Restbetrag S 1,034.100,-

Vorfinanzierung Nr. 38,
Ha-2022/61, 4666/61,
Beschluß GR. 23. 3. 1965
für Finanzierungseinheit
L

S 1,500.000,-

Vorfinanzierung Nr. 36,

Ha-4866/61,

Beschluß GR.13.10.1964

(Gesamtbetrag S 3,000.000)

Teilbetrag S 60.000,-

Um Annahme dieses Antrages wird ersucht.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Keine Wortmeldung, daher angenommen.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:

Der zweite Antrag betrifft:

11) Ha-3055/65

Gewährung eines weiteren Vorfinanzierungsdarlehens an die GWG der Stadt Steyr zur Finanzierung der Wohnbauten E XVIII/c 1 und 2 und E XVIII/d 1 und 2.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gewährung eines Vorfinanzierungsdarlehens in Höhe von

S 2,800.000,-

an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr zur Finanzierung der Wohnbauten E XVIII/c 1 und 2 und E XVIII/d 1 und 2 wird zugestimmt.

Die Festsetzung der endgültigen Darlehensbedingungen hat zu einem späteren Zeitpunkt zu erfolgen.

Der Darlehensbetrag wird bei VP 62-85 aoH (Rechnungsjahr 1967) freigegeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es wird keine Wortmeldung gewünscht. Der Antrag findet daher Ihre Zustimmung.

Kollege Schachinger bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
EMIL SCHACHINGER:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen 2 Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses vorzutragen.

Der erste Antrag lautet:

12) Bau2-5910/66

Erlassung einer Bausperre für einen Teil der Pachergasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Abänderung des Stadtregulierungsplanes 1930, Zl.7583/29, wird für das in der Planunterlage vom 4. 11. 1966, Bau2-5910/66, von Punkten umschlossene Gebiet, das im wesentlichen im Osten durch die Grundparzelle 48/2, die Pachergasse und die Grundparzelle 49/2, im Süden durch die Grundparzelle 55/3 und Baufläche 1090/1, im Westen durch die westliche Grenze der Johannesgasse und im Norden durch die Baufläche 1085 und die Grundparzellen 57, 58, 34 und 47/2 begrenzt wird, gemäß Art. XI, Abs. 2 der Linzer Bauordnungs-

novelle 1946 eine zeitlich begrenzte Bausperre mit der Wirkung verhängt, daß keine Fluchtlinienbekanntgabe stattfindet und Neu-, Zu- oder Umbauten oder Grundteilungen nicht oder insoweit bewilligt werden, als sie nicht die Durchführung der beabsichtigten Änderungen erschweren oder verhindern.

Der zweite Antrag erhält die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses und lautet:

13) Bau5-2642/66

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Franz Denk, Siedlerstraße 16, zur Errichtung eines Wohnhauses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erteilung einer Baubewilligung zur Errichtung eines Einfamilienhauses samt Garage auf der Grundparzelle 1245/56 der Kat. Gem. Föhrenschacherl an Franz Denk, Steyr, Siedlerstraße 16, wird gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt.

Ich bitte um Annahme dieser beiden Anträge.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Sie hörten die beiden Anträge. Es ist keine Wortmeldung vorhanden, ich darf Ihre Zustimmung annehmen.

Kollege Radinger bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT
PROF. STEPHAN RADINGER:

Sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen vor dem Antrag, den ich Ihnen zu stellen habe, den Amtsbericht zu diesem Antrag zur Kenntnis bringen.

Er lautet:

Die Pfarre Münchenholz war seit

der Grundsteinlegung zur neuen Kirche bestrebt, eine größere Subvention für den Kirchenbau sowie für den Ausbau des Pfarrheimes zu erhalten. Nach längerer Verhandlung, die sich auf verschiedene Einrichtungen der Kirche bezogen, (Gleink) wurde es offenbar, daß eine Beitragsleistung für den Kirchenbau tunlich wäre. Um sich jedoch aus präjudiziellen Gründen nicht direkt am Kirchenbau selbst zu beteiligen, scheint es zweckmäßig, zum Inventarankauf einen Beitrag zu leisten.

Nach Besprechung mit den Beteiligten wird vorgeschlagen, die Orgel, die für diese Kirche in Münchenholz nötig ist, anzukaufen. Eine Anfrage bei einem Orgelbauer ergab, daß ein derartiges Instrument ungefähr S 700.000, -- kosten wird.

Um eine Anschaffung in die Wege zu leiten, scheint es nötig, für das laufende Rechnungsjahr einen ersten Beitrag zu leisten.

Der diesbezügliche Antrag des Stadtsenates lautet:

14) Ha-541/65

Ankauf einer Orgel für die katholische Kirche Münchenholz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ankauf einer Orgel für die katholische Kirche in Münchenholz wird als erste Rate der Betrag von

S 500.000, --

(Schilling fünfhunderttausend)

bewilligt.

Für diese Zwecke wird bei VP 329-50 oH der Betrag von S 107.000, -- freigegeben und bei derselben VP eine überplanmäßige Ausgabe von S 393.000, -- bewilligt. Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe hat aus Rücklagen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort?

Kollege Watzenböck bitte!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Meine Fraktion hat beschlossen, diesem Antrag nicht zuzustimmen und zwar mit der Begründung, daß wir Subventionen in der Regel Verbänden und Vereinen geben sollen, die im allgemeinen Interesse wirken und vor allem nicht über den finanziellen Rückhalt verfügen. Trotzdem wären wir bereit, auch einer Geste zuzustimmen, indem man sich doch an dieser kulturellen Sache, wenn man sie so bezeichnen will, beteiligt. Ein Betrag von S 100.000,-- wäre angemessen, im Hinblick auf unsere derzeitige Budgetsituation. Es ist ja gar nicht die Rede davon, daß die Orgel von der Gemeinde gekauft werden soll, sondern lediglich von der Gewährung einer Subvention und was die Kirche damit macht, ist ihre Sache. Es handelt sich doch bei der katholischen Kirche um eine Organisation, die, wie Sie wissen, mehr als finanzstark ist. Sie brauchen nicht weit aus der Stadt hinausgehen, stoßen Sie schon auf Besitzungen der Kirche.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT JOHANN EBMER:

Sie haben aber auch sehr viele Ausgaben!

GEMEINDERAT ALFRED WATZENBÖCK:

Wenn Sie sich diese Kirche in Münchenholz ansehen, das ist wirklich gewaltig. Man kann nur mehr sagen, das ist die alte und die neue Hofburg - eine Betonburg. Wir sehen nicht ein, daß sich die Gemeinde bei dieser Angelegenheit in diesem Ausmaß beteiligt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Schmidberger bitte!

GEMEINDERAT FRANZ SCHMIDBERGER:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn man die Worte des Herrn Finanzreferenten gehört hat, mit denen er die Lage geschildert hat, in der wir momentan stecken, muß man sagen, in dieser Zeit eine Orgel für eine Organisation - wie es die Kirche ist - zu kaufen, heißt Geld beim Fenster hinauswerfen. Ich möchte nur ein Beispiel anführen, um darauf hinzuweisen, wie finanzkräftig diese Organisation ist. Vielleicht erinnern sich die Damen und Herren an den Skandal in der Finanzkammer der Diözese Wien. Man hat dort jahrelang nicht bemerkt, daß Millionen Schillinge in der Kasse fehlen und ausgerechnet dieser Organisation, die nicht einmal das Fehlen von Millionen spürt, gibt die Stadtgemeinde Steyr aus ihrem Säckel - wo wir doch sicher eine Reihe von Anschaffungen zu machen hätten, die dringender als diese Orgel in Münchenholz sind - S 500.000,-- und scheinbar - nach den verschiedenen Äußerungen zu schließen - bleibt es nicht einmal bei diesem Betrag. Diese S 500.000,-- sind eigentlich nur ein Vorschuß, wir kennen ja die Preisentwicklung. Ich glaube, das kann man nicht verantworten. Ich möchte hier sagen - ich wende mich hier an die sozialistische Gemeinderäte - wir werden es über kurz oder lang erleben, daß man diese Maßnahmen in Österreich publik machen wird und man sagen wird, die rote Arbeitergemeinde Steyr spendet Geld für unsere Orgel und ihr wollt zu unserem Kirchenbau oder sonstigem Vorhaben der Kirche nichts beisteuern.

Ich glaube, dieser Betrag ist bei unserer Finanzlage wirklich nicht angemessen, das ist Geld, das zum Fenster hinausgeworfen wird.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr verehrter Gemeinderat!

Ich habe ja meine grundsätzliche Stellungnahme bereits abgegeben. Es wurde durch die Ausführungen meiner Vorredner bekräftigt, daß es sich hier um eine Organisation handelt, die viele Millionen mehr als unsere Gemeinde besitzt und daß das wirklich eine überflüssige Geldausgabe ist, die wir in dieser Zeit der Finanzknappheit der Gemeinde machen. Ich bin überzeugt, daß bei der Arbeiterschaft dafür wenig oder kein Verständnis zu finden sein wird und ich kann nur das wiederholen, was ich bereits gesagt habe, man soll sich bei künftigen Wahlen nicht wundern, wenn die sozialistische Partei - ich bedaure das - wieder Stimmen verlieren sollte. Ich glaube, Steyr hat schon genug Kirchen. Auf der Ennsleite wurde aus einem einstigen Kinderheim ein Bethaus errichtet, in Münchenholz hat man jetzt eine neue Kirche gebaut, der Gemeinde hat man einen Grund abgejagt in der Sierninger Straße, auf nicht ganz faire Weise, wo auf Kosten der Gemeinde Grunduntersuchungen durchgeführt wurden und dann in stiller Zusammenarbeit mit den Steyr-Werken dieses Grundstück von der Kirche gekapert wurde. Ich glaube, wir haben keine Ursache, diese so reiche Institution durch Spenden der Gemeinde noch reicher zu machen.

Ich stimme dagegen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.
Kollege Radinger bitte!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf vielleicht den Standpunkt der sozialistischen Partei zu diesem Problem zur Kenntnis bringen: Die katholische Glaubensgemeinschaft hat in Münchenholz eine Kirche errichtet, so wie es ihre Aufgabe ist. Die Stadt spendet nun für diese Kirche eine Orgel, weil sie in realistischer Weise der Tatsache Rechnung trägt, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung dieser Glaubensgemeinschaft angehört. Diese Tatsache ist einwandfrei nachweisbar und wir nehmen sie zur Kenntnis. Wir erbringen durch den Ankauf dieser Orgel eine Leistung für die Bevölkerung von Münchenholz, die eben dieser Religionsgemeinschaft angehört, genauso wie wir Leistungen auch für andere Bevölkerungsteile bereits erbracht haben. Zugleich bedeutet es auch eine Leistung auf dem kulturellen Gebiet. Wir lehnen es eindeutig ab, daraus ein Politikum zu machen. Wenn nun einzelne Diskussionsredner die Meinung vertreten, daß dieser Betrag zu hoch sei, möchte ich folgendes zu bedenken geben: Wenn ich von den Steyrer Kirchen zwei herausgreife, die Michaeler Kirche, die schon mehr als 200 Jahre alt ist und die Stadtpfarrkirche, die im Jahre 1443 zu bauen begonnen wurde, so zeigt das an, daß solche Bauten jahrhundertlang existieren. Es ist anzunehmen, daß auch dieser Kirchenbau, wenn nicht Zeiten kommen, in denen Elementarereignisse, Kriegsergebnisse oder sonstige Katastrophen es verhindern, uns und unsere Zeit lange überdauern wird.

In diesem Sinne wollen wir auch die Höhe dieser Subvention gesehen haben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Keine Wortmeldung mehr?

Wer für den Antrag des Antragstellers ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke. Gegenprobe? Danke.

(4 Gegenstimmen FPÖ-, KPÖ-Fraktion)

Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Kollege Radinger bitte!

STADTRAT PROF. STEPHAN RADINGER:

Ich habe noch einen weiteren Antrag zu stellen, der die Gewährung einer Subvention zur Errichtung eines Mädchenheimes auf der Ennsleite durch den Verein Lehrlingsheim beinhaltet.

Der Amtsbericht hiezu sagt:

Seit dem Jahre 1964 werden zum Bau dieses Heimes von der Stadtgemeinde jährlich S 500.000,-- als Subvention gewährt. Entsprechend der ursprünglichen Absicht, für diesen Zweck insgesamt S 1,500.000,-- zur Verfügung zu stellen, wird beantragt, für das Jahr 1966 ebenfalls eine Subvention von S 500.000,-- zu gewähren. Der entsprechende Antrag an den Gemeinderat lautet:

15) Ha-5725/66

Gewährung einer weiteren Subvention zur Errichtung eines Mädchenheimes auf der Ennsleite durch den Verein Lehrlingsheim.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Dem Verein Lehrlingsheim wird zum Zwecke der Errichtung eines Heimes zur Unterbringung von Schülerinnen auf der Ennsleite für das Jahr 1966 eine Subvention von

S 500.000,--

(Schilling fünfhunderttausend)

gewährt.

Der genannte Betrag wird bei VP 469-52 oH freigegeben.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Kollege Baumann bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT ALFRED BAUMANN:

Verehrter Gemeinderat!

Ich verlese Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates und bitte um Annahme.

Der erste lautet:

16) GHJ2-2531/66

Fortführung der Adaptierungsarbeiten im Objekt Stelzhamerstraße 11.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Zum Zwecke der Weiterführung der Adaptierungs- und Instandsetzungsarbeiten im Objekt Stelzhamerstraße 11 wird eine überplanmäßige Ausgabe von

S 130.000,--

(Schilling einhundertdreißigtausend) bei VP 243-91 aoH bewilligt.

Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe ist aus Rücklagen zu entnehmen.

Der zweite Antrag lautet:

17) SchuV-1953/66

Ausbau des Lehrbüros an der städtischen Handelsakademie.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Entsprechend dem Amtsbericht der MA IV vom 2. 12. 1966 wird zum Zwecke des weiteren Ausbaues des Lehrbüros an der städtischen Handelsakademie eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 50.600,--

(Schilling fünfzigtausendsechshundert)

bei VP 252-93 oH bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Entnahme aus Rücklagen.

Ich bitte um die Annahme beider Anträge.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wünschen Sie dazu das Wort? Keine Wortmeldung, damit haben Sie beiden Anträgen Ihre Zustimmung gegeben.

Kollege Kubanek bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

Die Übernachtungsgebühren in der Städtischen Jugendherberge sollen geändert werden.

Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses hat folgenden Wortlaut:

18) Rp-1390/59

Regulierung der Übernachtungsgebühren in der städtischen Jugendherberge.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die mit GR-Beschluß vom 2. 10. 1959 unter obiger Zahl festgelegten Übernachtungsgebühren werden mit sofortiger Wirksamkeit dahingehend geändert, daß das Reinigungsgeld ab sofort jeweils in der Höhe einzuheben ist, welche der dem betreffenden Dienstnehmer für die Wartung der Jugendherberge gewährten Nebengebühr entspricht.

Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünschen Sie dazu das Wort? Keine Wortmeldung, daher angenommen.

STADTRAT LUDWIG KUBANEK:

Die Stadtgemeinde Steyr besitzt einen Geschäftsanteil der Kino-Münichholz-GesmbH. Nun wissen Sie, meine Damen und Herren, daß die

Steyrer Lichtspieltheater einen besonders großen Besucherrückgang aufzuweisen haben. Das Kino Münchenholz ist natürlich von dieser Entwicklung nicht ausgeschlossen. Dazu hat sich aus dieser Situation heraus eine passive Gebarung entwickelt. Es ist daher zweckmäßig, wenn die Stadtgemeinde Steyr aus der Kino-Münichholz-GesmbH. ausscheidet.

Der Stadtsenat stellt daher folgenden Antrag:

19) Ha-2205/65

Auflassung der Beteiligung an der Kino-Münichholz-GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ausscheiden der Stadtgemeinde Steyr aus der Kino-Münichholz-GesmbH wird zugestimmt.

Die Abwicklung hat durch die Magistratsdirektion zu erfolgen.

Ich ersuche Sie, auch diesen Antrag anzunehmen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wünschen Sie zu diesem Antrag das Wort? Es ist dies nicht der Fall, somit stimmen Sie auch diesem Antrag zu.

Kollege Petermair bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Finanz- und Rechtsausschusses, die Erteilungen von Ausnahmegenehmigungen gemäß Art. XI der Linzer BON beinhalten, vorzutragen.

Der eine Antrag betrifft Franz Wurzinger, Errichtung eines Espresos durch Aufstockung einer Garage.

20) Bau5-4431/66

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Franz Wurzinger, Hubergutstraße 13, zur Errichtung

eines Esspressos durch Aufstockung einer Garage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erteilung einer Baubewilligung zur Errichtung eines Esspressos durch Aufstockung einer Garage auf den Grundparzellen 171 und 172 der Kat. Gem. Jägerberg wird nach Maßgabe der Planunterlagen vom 4. 7. 1966 bzw. der Fotomontage vom 27. 9. 1966 gemäß Artikel XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall, der Antrag ist somit angenommen.

STADTRAT LEOPOLD PETERMAIR:

Der zweite Antrag betrifft Karl und Maria Pointner, Hausleitnerstraße 14.

21) Bau5-430/66

Erteilung einer Ausnahmegenehmigung an Karl und Herta Pointner, Hausleitnerstraße 14, zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Erteilung der Baubewilligung zur Errichtung eines Wohn- und Geschäftshauses auf der Grundparzelle 708 der Kat. Gem. Gleink durch die Ehegatten Karl und Herta Pointner wird gemäß Art. XI der Linzer Bauordnungsnovelle 1946 zugestimmt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Sie hörten den Antrag. Wird dazu das Wort gewünscht, das ist nicht der Fall, somit ist die Ausnahmege-

nehmigung erteilt.

Kollege Gherbetz bitte:

BERICHTERSTATTER STADTRAT
KARL GHERBETZ:

Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses vorzutragen, und zwar betrifft er den Abgang von der Steyr-Brücke zum Ortskai.

Er lautet:

22) Bau3-3331/65

Auflassung der Möstlstiege.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Berücksichtigung des Amtsberichtes vom 28. 10. 1966 wird die Verbindung zwischen Steyr-Brücke und Ortskai, bestehend aus der sogenannten Möstl-Stiege, die zur Straßenparzelle 1391/1 gehört und dem sogenannten Möstl-Durchgang, der sich im Objekt 418/1 befindet, als öffentlicher Weg aufgelassen.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wünschen Sie eine Wortmeldung? Es ist keine vorhanden, daher ist der Antrag angenommen.

STADTRAT KARL GHERBETZ:

Der zweite Antrag kommt ebenfalls vom Finanz- und Rechtsausschuß und betrifft die neuen Straßenbezeichnungen in Taschelried.

23) Ges-170/65

Neue Straßenbezeichnungen in Taschelried.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die im Bereiche zwischen der Ennser Straße und der Resthofstraße in Taschelried neu geschaffenen Straßenzüge werden wie folgt benannt:

1. Die bereits bestehende Resselstraße wird bis zur Einmündung in die Ennser Straße verlängert, sodaß dieser Straßenzug nunmehr von der Ennser Straße bis zur Resthofstraße führt.
2. Der zwischen Ennser Straße und Resthofstraße ungefähr parallel zur letztgenannten Straße neu verlaufende Straßenzug von der Blümelhuberstraße bis zur Einmündung in die Resselstraße erhält den Namen "Ing. - Ferdinand-Porsche-Straße".
3. Der neue Straßenzug, von der Resthofstraße ausgehend, die Ing. - Ferdinand-Porsche-Straße querend und in die Resselstraße knapp vor deren Einmündung in die Ennser Straße führend, erhält den Namen "Johann-Puch-Straße".

Den obigen Straßenbezeichnungen liegt ein entsprechend gekennzeichnete Plan der MA III zugrunde.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall, damit ist dieser Antrag angenommen.

Kollege Kinzelhofer bitte!

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Verehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen zwei Anträge des Stadtsenates vorzutragen. Der erste betrifft die Durchführung von Straßenerhaltungsarbeiten in den Ortsteilen Neuschönau, Schlüsselhof und Taschelried.

Er lautet:

24) Bau3-1403/66

Durchführung von Straßenerhaltungsarbeiten in den Ortsteilen Neuschönau, Schlüsselhof und Ta-

schelried.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Zwecke der Fortsetzung der Straßenerhaltungsarbeiten in den Ortsteilen Neuschönau, Schlüsselhof und Taschelried, entsprechend dem Amtsbericht der MA III vom 8. 10. 1966, wird der Betrag von

S 241.000,--

(Schilling zweihundertvierzehtausend)

bei VP 664-51 oH freigegeben.

Die Instandsetzungsarbeiten sind durch den städtischen Wirtschaftshof auszuführen.

Ich ersuche um Ihre Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sind Sie alle einverstanden, dies ist der Fall!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Der zweite Antrag betrifft die Instandsetzung eines Teiles der Ufersicherung am Wehrgrabenkanal.

Er lautet:

25) Bau6-916/64

Instandsetzung eines Teiles der Ufersicherung am Wehrgrabenkanal.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 23. 3. 1965, unter obiger Zahl, wurde der Auftrag zur Durchführung provisorischer Ufersicherungsmaßnahmen der Baufirma Schinagl übertragen. Gleichzeitig wurde ein Betrag von S 170.000,-- als überplanmäßige Ausgabe bewilligt.

Die Firma Prameshuber als nunmehrige Pächterin der Firma Schinagl hat diesen Auftrag übernommen.

Die bezeichneten Arbeiten konnten im Rechnungsjahr 1964 nicht mehr durchgeführt werden. Zur Deckung der im heurigen Jahr anfallenden dies-

bezüglichen Auslagen wird hiermit eine außerplanmäßige Ausgabe von

S 170.000,--

(Schilling einhundert-siebzigttausend)

bei VP 671-91 bewilligt.

Die Deckung hat durch Entnahme aus Rücklagen zu erfolgen.

Ich ersuche um Ihre Annahme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Wird dazu das Wort gewünscht? Es ist dies nicht der Fall, somit kann ich Ihre Zustimmung zu diesem Antrag annehmen.

Bevor wir zur vertraulichen Sitzung kommen und eine Pause einlegen, möchte ich bekanntgeben, daß wir heute über Budgetmittel im Gesamtbetrag von S 6,400.000,-- verfügt haben.

Erlauben Sie mir aber auch einige Worte als Rückblick auf das ablaufende Jahr zu sagen. Wir verabschiedeten uns heute mit dieser Sitzung wieder von einem Arbeitsjahr, von dem wir sagen können, daß es nicht nur ein sehr reges, sondern auch ein sehr erfolgreiches gewesen ist. Wir haben in dieser Sitzung auch mit der Beschlußfassung über das Budget den Grundriß für die Arbeit des Gemeinderates im kommenden Jahr gelegt. Ich will Ihnen offen sagen, daß ich mich freue, daß auch diese Sitzung wieder in wirklicher Einmütigkeit abgeschlossen werden konnte und damit auch die Krönung der Arbeit des ganzen Jahres bildet. Sicher, es war nicht immer hellster Sonnenschein, in dem wir arbeiten durften, es sind auch manchmal dunkle Wolken - wie auch heute - aufgetaucht, aber wichtig ist, daß im Endeffekt wieder der Weg zur gemeinsamen Arbeit gefunden wurde. Es mag vielleicht verlockend sein für einen Politiker, ich denke hier nicht

nur an einen Kommunalpolitiker, sondern an einen Politiker, dem seine Parteipolitik näher liegt, der Kommunalarbeit einen Wahlpropagandastempel aufzudrücken, noch dazu da, wie wie schon erwähnt wurde, nächstes Jahr Gemeinderatswahlen stattfinden werden. Ich glaube, daß wir gerade hier in der Gemeindestube uns bewußt sind, daß wir über diese Wahlpropaganda hinweg doch den Weg für die Bewältigung jener Aufgaben finden, die für die Bevölkerung unserer Stadt von Interesse sind. Das ist das Positive an unserer gemeinsamen Arbeit. Ich hoffe und ich glaube, wir wünschen uns alle, daß auch das kommende Jahr, die letzte Phase der nun auslaufenden Funktionsperiode des Gemeinderates, in der gleichen Harmonie beendet werden kann wie bisher. Wenn ich den Wunsch ausspreche, so soll er auch ein gemeinsamer Wunsch für das kommende Jahr sein, der Ihnen persönlich viel Gesundheit und Erfolg im Neuen Jahr bringen möge und für die Gemeinde wieder eine ersprießliche Tätigkeit und ersprießliche Erfolge bringen wird. Ich darf Ihnen ebenfalls die herzlichsten Glückwünsche zum kommenden Weihnachtsfest übermitteln und ich werde Ihre anerkennenden Worte, die Sie über die Arbeit der Bediensteten der Gemeinde gesprochen haben, in geeigneter Form auch diesen zur Kenntnis bringen. Wir wissen alle, daß wir in diesem Forum im wesentlichen Beschlüsse fassen, daß aber die Durchführung dieser Beschlüsse in der Hand unserer Bediensteten liegt. Wir danken ihnen für die treue Mitarbeit und erhoffen uns auch dieselbe in den kommenden Zeiten.

Damit wollen wir diese heutige Sitzung ausklingen lassen.

Wir wollen jetzt eine Pause von einigen Minuten einschalten und ich bitte die Damen und Herren des Gemeinderates, noch in einer vertrau-

lichen Sitzung ganz kurz auszuharren.
Ich danke für Ihre Mitarbeit.

Allgemeines Applaus!

(Das Protokoll über die vertrauliche
Sitzung befindet sich im Faszikel

"Protokolle über die vertraulichen
Sitzungen des Stadtsenates und Ge-
meinderates" bei der Magistrats-
direktion).

Ende der Sitzung: 19.35 Uhr.

Der Vorsitzende:



Die Protokollführer:

Alfred Schel
Gyrolan Winkler

Die Protokollprüfer:

Otto Schel
Wolfgang Mersch